

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Martin Bachhuber

Abg. Gisela Sengl

Abg. Bernhard Pohl

Abg. Toni Schuberl

Abg. Ralf Stadler

Abg. Ruth Müller

Abg. Johann Häusler

Abg. Christoph Skutella

Abg. Martin Schöffel

Erster Vizepräsident Karl Freller

Abg. Paul Knoblach

Abg. Andreas Winhart

Abg. Martina Fehlner

Abg. Martin Böhm

Abg. Nikolaus Kraus

Staatsministerin Michaela Kaniber

Abg. Christian Zwanziger

Abg. Matthias Fischbach

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 11** auf:

Haushaltsplan 2019/2020

Einzelplan 08

für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

hierzu:

Änderungsanträge von Abgeordneten der CSU-Fraktion (Drsn. 18/1239 mit 18/1241, 18/1267),

Interfraktionelle Änderungsanträge von Abgeordneten der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 18/1242, 18/1243),

Änderungsanträge von Abgeordneten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 18/1118 mit 18/1128),

Änderungsanträge von Abgeordneten der AfD-Fraktion (Drsn. 18/1193, 18/1194, 18/1316 mit 18/1324),

Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 18/741 mit 18/748),

Änderungsanträge von Abgeordneten der FDP-Fraktion (Drsn. 18/1154, 18/1155)

und

Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Ralf Stadler und Fraktion (AfD)

(Drs. 18/1913)

Die Gesamtredezeit für diesen Einzelplan beträgt ebenfalls eine Stunde und 31 Minuten. Die Redezeiten dürften mittlerweile bekannt sein. Bevor ich die Aussprache eröffne, gebe ich bekannt, dass die AfD-Fraktion zum Änderungsantrag auf Drucksache 18/1321 Einzelabstimmung in einfacher Form beantragt hat.

Ich eröffne die Aussprache. Der erste Redner ist Herr Kollege Bachhuber von der CSU-Fraktion.

Martin Bachhuber (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Frau Ministerin, liebe Michaela, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich gehe davon aus, dass Sie vergangene Woche genauso wie auch ich gespannt auf die Steuerschätzung gewartet haben, und siehe da: Wir haben wieder festgestellt, dass es dort, wo traditionell stabile und solide Finanzpolitik gemacht wird, nämlich hier bei uns in Bayern, wie am Schnürchen läuft. Auch heute hat der Ministerpräsident bekannt gegeben – das ist der beste Beweis –, dass es mit einem Ergebnis von 4,2 Milliarden Euro aus dem Jahr 2018 in Bayern einfach stimmt.

Das hat natürlich seine Gründe. Einmal liegt das daran, dass wir schon seit Jahren und Jahrzehnten eine stabile, erfolgreiche und nachhaltige Finanz- und Wirtschaftspolitik betreiben. Aber es liegt auch daran, dass die Menschen einfach gern in Bayern leben und arbeiten, was nicht verwundern darf; denn schließlich haben wir eine Kulturlandschaft, die auf der ganzen Welt einzigartig ist. Diese Kulturlandschaft ist von Menschen gemacht, und im besonderen Maße haben wir das unseren Bauern zu verdanken.

(Beifall bei der CSU)

Wer will, dass das so bleibt, der muss auch unsere Land- und Forstwirte stärken, und genau das tun wir mit diesem Einzelplan.

Die Gesamtausgaben betragen im Jahr 2019 1,54 Milliarden Euro und im Jahr 2020 1,57 Milliarden Euro. Das ist ein gewaltiges Zeichen zugunsten unserer Bauern. Dies bedeutet eine Steigerung im Jahr 2019 gegenüber dem Nachtragshaushalt 2018 um 38,5 Millionen Euro und im Jahr 2020 um weitere 29 Millionen Euro. Insgesamt stehen somit 106 Millionen Euro mehr zur Verfügung. Liebe Ministerin, danke für Ihren Einsatz und dafür, dass Sie sich beim Finanzminister für unsere Landwirtschaft so stark gemacht haben.

(Beifall bei der CSU)

Unsere Staatsregierung zeigt nämlich damit, dass sie die Basis, auf der auch die bayerische Wirtschaft fußt, kraftvoll in die Zukunft führt.

Hohes Haus, wenn man diesen Einzelplan im Detail betrachtet, dann erkennt jeder, dass wir unsere Bauern nicht alleinlassen, wenn es um die gesellschaftlichen Herausforderungen und um die Sichtweise der Gesellschaft auf die Landwirtschaft geht. Wir müssen unseren Bauern Wettbewerbsfähigkeit ermöglichen und sie bei Themen wie Biodiversität und Klimawandel unterstützen. Genau das tun wir; denn über die Hälfte der Mittel dieses Einzelplans fließen als Fördermittel in den ländlichen Raum.

Das Kernstück der Förderung ist dabei neben zahlreichen Einzelprogrammen das ELER-Programm zur Entwicklung im ländlichen Raum mit rund 660 Millionen Euro im Jahr 2019 und 686 Millionen im Jahr 2020. Dazu kommt noch eine Direktzahlung in Höhe von 1 Milliarde Euro aus der EU, die im Einzelplan gar nicht veranschlagt ist, aber von der Landwirtschaftsverwaltung abgewickelt werden muss. Allein im Haushaltsjahr 2019 werden Fördermittel in Höhe von 809 Millionen Euro gewährt. Daran hat das KULAP, zweifelsfrei das Flaggschiff der bayerischen Landwirtschaftspolitik, mit 34 % den größten Anteil. Noch ein Wort zum KULAP, damit es gar nicht erst zu Missverständnissen kommt: Das haben wir schon lange vor dem Volksbegehren kräftig aufgestockt.

Für Fördermaßnahmen der ländlichen Entwicklung stehen insgesamt 140 Millionen Euro zur Verfügung, davon alleine 100 Millionen Euro für die Dorferneuerung. Ich freue mich auch über die 8 Millionen Euro, mit denen die Ausgleichszulage erhöht wird. Damit können wir für Flächen, die aus der Gebietskulisse herausfallen, zwei Jahre lang Übergangszahlungen leisten und somit die Einkommen der betroffenen bäuerlichen Familienbetriebe stabilisieren.

(Beifall bei der CSU)

Ebenfalls erfreulich ist, dass die Landesmittel für die einzelbetriebliche Investitionsförderung zur verstärkten Berücksichtigung des Tierwohls bei Stallbaumaßnahmen um jährlich 15 Millionen Euro erhöht werden. Damit stehen für die einzelbetriebliche Investitionsförderung Mittel in Höhe von 65 Millionen Euro pro Jahr bereit. Den Änderungsantrag der AfD vom 13. Mai zur Förderung und Umstellung bei der Ferkelkastration lehnen wir ab.

Hohes Haus, wir unterstützen unsere Bauern auch, wenn es einen so extremen Sommer wie im vergangenen Jahr gibt. Für Auszahlungen im Rahmen des Bund-Länder-Hilfsprogramms "Dürre 2018" stehen im Jahr 2019 insgesamt 4 Millionen Euro zur Verfügung, wobei hiervon die Hälfte vom Freistaat kommt.

Auch der Wald profitiert erheblich von diesem Einzelplan. Mit zusätzlichen 11 Millionen Euro für den Waldpakt werden die forstlichen Selbsthilfeeinrichtungen gestärkt, um den Waldumbau auch in privaten Klein- und Kleinstwäldern voranzubringen. Für den Umbau der Wälder zu klimatoleranten Zukunftswäldern werden die entsprechenden Ansätze im Doppelhaushalt um 15 Millionen Euro erhöht. Die Waldumbauoffensive kann damit planmäßig fortgesetzt werden. Insgesamt stehen für den Waldumbau im Jahr 2019 30,8 Millionen Euro und ab dem Jahr 2020 43,5 Millionen Euro zur Verfügung. Damit wird die forstwirtschaftliche Förderung innerhalb von fünf Jahren mehr als verdoppelt.

Ein ganz wichtiges Instrument in diesem Einzelplan betrifft die ländliche Entwicklung. Die Dorferneuerung in Bayern ist ein bewährtes Instrument, um vitale Dörfer und lebendige ländliche Gebiete zu entwickeln. Insbesondere die Maßnahmen der Ortskernrevitalisierung und Innenentwicklung tragen maßgeblich dazu bei. Für die ländliche Entwicklung stehen insgesamt 170 Millionen Euro an Fördermitteln zur Verfügung. Davon entfallen auf die Dorferneuerung 100 Millionen Euro und auf die Flurneuordnung 40 Millionen Euro.

Bei all dem wird der Einzelplan 08 auch der Bildung gerecht werden. So stehen 2,8 Millionen Euro zur Errichtung weiterer Walderlebniszentren und zur Verbesserung des baulichen Zustands bestehender Walderlebniszentren bereit. Zudem soll die Ausstattung bestehender Walderlebniszentren erweitert werden. Was mich ganz besonders freut – so viel Lokalpatriotismus darf sein –, ist der Umstand, dass im Rahmen der Haushaltsverhandlungen erreicht wurde, dass auch die Baumaßnahme der Bildungsstätte Jungbauernschule in Grainau wieder mit 2,5 Millionen Euro in die reguläre Förderung aufgenommen wurde.

Auch möchte ich nicht unerwähnt lassen, dass für die Erhöhung des Meisterbonus auf 2.000 Euro jetzt zusätzlich 600.000 Euro bereitstehen. Weil wir gerade beim Personal sind, möchte ich auch darauf hinweisen, dass der wichtige Artikel 6b des Haushaltsgesetzes, der bisher den Stellenabbau regelt, neu gefasst werden soll, sodass in den kommenden Jahren eine Umsteuerung der betreffenden Personalressourcen möglich ist.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Das schafft uns wertvolle Spielräume, um Personal für neue Aufgaben im ländlichen Raum, in der Landwirtschaft, in der Forstverwaltung und in der ländlichen Entwicklung zu gewinnen. Auf diese Weise können in den Jahren 2019 und 2020 unter anderem 30 neue Försterstellen geschaffen werden. Damit wird die Personalaufstockung um insgesamt 200 Stellen für die Waldumbauoffensive 2030 fortgesetzt.

Dieser Einzelplan ist nicht nur wohl durchdacht, er macht auch deutlich, dass es weiterhin unser oberstes Ziel bleibt, die bayerische Landwirtschaftskultur mit ihren unzähligen Kleinbetrieben beizubehalten. Dieser Einzelplan bietet den Bäuerinnen und Bauern eine große Planungssicherheit, sodass unsere Land- und Forstwirtschaft in eine gute Zukunft geführt werden kann. Bayerns Bauern können sich auf uns verlassen. Ich darf unserer Landwirtschaftsministerin Michaela Kaniber für ihren Einsatz auch gegenüber dem Finanzminister – denn die Steigerung ist auch deinem Einsatz zu verdanken

– ganz herzlich danken, der zur Folge hatte, dass wir heute diesen Einzelplan vorlegen und verabschieden können. Liebe Michaela, vor allem für deinen unermüdlichen Einsatz für unsere Landwirte und Bauern ganz herzlichen Dank!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich wünsche dir und deinen Mitarbeitern in all deinen Häusern bei der Umsetzung dieses Haushaltsplans recht viel Glück und das richtige Wetter, das wir in der Land- und Forstwirtschaft brauchen. Ich bitte um Zustimmung zu diesem Einzelplan 08.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Bachhuber. – Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Gisela Sengl für das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Gisela Sengl (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Frau Staatsministerin, liebe Michaela! Wissen Sie, was heuer im Frühling der größte Verkaufsschlager war? Was wurde so stark nachgefragt, dass die Hersteller kaum noch liefern konnten? – Es waren die Samentütchen für Blumenwiesen. Ganz Bayern wollte scheinbar im Frühling eine Blumenwiese ansäen, um den Bienen und Schmetterlingen zu helfen. In jedem Garten schien es einen Fleck zu geben, auf dem man eine Bienenweide anlegen kann. Auch wir haben – übrigens ganz ohne Patenschaften – auf unserem Biobetrieb eine tagwerkgroße Blumenwiese angesät, weil es uns das wert ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ja, es geht um Wertschätzung, zum Beispiel um die Wertschätzung der Bestäubungsleistung von Honigbienen und Wildbienen. Und: Es geht um die Wertschätzung von Menschen, die in der Landwirtschaft und der Lebensmittelbranche arbeiten. Das Wort "Wertschätzung" wurde in den letzten Wochen oft gebraucht. Bäuerinnen und Bauern haben die Wertschätzung eingefordert und den Mangel an Wertschätzung bitter be-

klagt. Damit hat das Volksbegehren in unserer Gesellschaft eine wichtige Diskussion angestoßen, nämlich die Diskussion über Verantwortung und eine zukunftstaugliche Landwirtschaft. Einen großen Teil dieser Verantwortung trägt die Politik.

Leider war und ist die Landwirtschaftspolitik viel zu sehr auf den Weltmarkt ausgerichtet und wird der Betriebswirtschaft immer noch absolut untergeordnet. Diese Politik hat große Verluste in Kauf genommen: den Verlust von Feldvögeln, von Insekten, von Bienen, von Ackerwildkräutern, von sauberem Wasser und den Verlust von kleinen Höfen sowie lebendigen Ortskernen. Sie hat dabei zugesehen, wie die Wertschätzung der Arbeit in der Landwirtschaft immer weiter gesunken ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Unsere grüne Landwirtschaftspolitik macht es genau andersherum. Für uns ist die Wertschätzung der Landwirtschaft das Fundament unserer Politik, und zwar in jedem Bereich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die mit dem Anbau der Lebensmittel auf unseren Feldern verbundene Arbeit muss belohnt werden. Die guten Ideen und die Zeit, die Menschen investieren, um ihren Nutzieren ein gutes Leben zu ermöglichen, müssen honoriert werden. Es muss uns interessieren, welche Möglichkeiten es gibt, eine echte, nachhaltige und zukunftstaugliche Landwirtschaft zu betreiben. Dafür ist der Ökolandbau natürlich ein gutes Vorbild. Wir wollen zuhören und Wege finden, wie die Landwirtschaft und die Gesellschaft wieder zusammenzubringen sind. Wir kämpfen für die Wertschätzung und für die Leistungen der Natur, die sie uns Menschen einfach so zur Verfügung stellt. Wir können und müssen sehr viel verändern. Wir wollen, dass Naturschutz und Landwirtschaft Partner sind.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Unsere Änderungsanträge betreffend den Einzelplan 08 sind genau an diesem Ziel orientiert. Auch wenn hier alle Änderungsanträge abgelehnt wurden, bin ich mit gutem Grund zuversichtlich. Zum Beispiel wurde unser Antrag zu den Öko-Modellregionen gleich im Vorfeld abgeräumt. Der Druck des sagenhaft erfolgreichen Volksbegehrens war einfach zu groß. Das Ministerium kam nicht mehr umhin, statt wie ursprünglich geplant sechs Modellregionen 15 Modellregionen zu benennen. Darüber bin ich wirklich froh.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Warum? Die Öko-Modellregionen zeigen es uns. Sie arbeiten genau so, wie wir es uns wünschen: regional angepasst und ohne bürokratischen Aufwand. Konventionelle Bauern und Biobauern arbeiten zusammen. Das Wichtigste ist, dass Verarbeitung und Vermarktung von Anfang an zusammengedacht werden.

Die Öko-Modellregionen sind in diesem Haushalt zwar ein kleiner Topf, aber mit großer Wirkung. Sie sorgen für Bewusstseinsbildung in Bezug auf Lebensmittel, schaffen Arbeitsplätze und bieten den bäuerlichen Betrieben große Chancen jenseits des Weltmarkts. Und: Die Öko-Modellregionen zeigen vorbildlich, wie Landwirtschaft und Artenschutz zusammen funktionieren. Ich hoffe sehr, dass die Öko-Modellregionen ein beständiger und gut ausgestatteter Bestandteil bayerischer Landwirtschaftspolitik werden. Es braucht nicht immer viel Geld, sondern vor allem ein klares Ziel. Da wäre auch mal ein klares Bekenntnis vonseiten der Staatsregierung zu Bio-Essen eine echte Hilfe;

(Beifall bei den GRÜNEN)

denn Bio-Essen in staatlichen Kantinen sorgt für stabile Preise und eine sichere Abnahme. Aber nicht nur Staatsbedienstete und Ministerinnen und Minister sollen mehr Bio essen, sondern wir sind natürlich auch für mehr Bio in der Gemeinschaftsverpflegung. Wir fordern, dass Kantinen insofern in der Gemeinschaftsverpflegung viel besser unterstützt werden.

Deshalb haben wir in Bezug auf die Förderung der Umstellung zur Biozertifizierung in der Gemeinschaftsverpflegung einen eigenen Haushaltstitel kreiert. Man stelle sich vor: Allein wenn alle Kinder, die in der Schule und im Kindergarten essen, pro Woche zwei Joghurts in Bio-Qualität essen würden, könnten 24 Milchviehbetriebe sofort umstellen. Es ist also ganz klar: Ein Bio-Verbrauch in der Gemeinschaftsverpflegung bringt den Bio-Anbau insgesamt voran. Dafür braucht es eine klare Vorgabe, nicht bloß immer schöne Worte.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der frühere Landwirtschaftsminister Brunner hat einige Maßnahmen ergriffen, zum Beispiel das Coaching für Kantinen und für Gemeinschaftsverpfleger. Man kann sich als Küche coachen lassen. Dieses Programm wurde 2009 gestartet. Jetzt haben wir 2019. Raten Sie einmal, wie viele Küchen und Kantinen sich dieses Coachings bedient haben: ganze 4,9 %. Das kann kein erfolgreiches Programm sein.

(Zuruf von der CSU)

Wir müssen wesentlich mehr tun, wenn es uns mit solchen Maßnahmen ernst ist. Ich bezweifle bis heute, dass dieses Vorhaben von diesem Landwirtschaftsministerium ernsthaft verfolgt wird.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf von der CSU)

Andere Länder machen es uns vor. Bayern ist nicht immer XXL. Bayern hat in manchen Punkten auch einiges nachzuholen, schaut man zum Beispiel nach Kopenhagen oder nach Österreich. Man muss auch über den bayerischen Tellerrand hinausschauen. Das würde uns guttun. Das Nachmachen von guten Dingen ist erlaubt.

Auch wenn wir die Entwicklung der Öko-Modellregionen fördern – über die einzelbetriebliche Investitionsförderung freuen wir uns nicht. Sie wird zwar damit begründet, dass das Tierwohl verstärkt werden soll, aber es wird überhaupt nicht dargestellt, was das eigentlich heißt. Bis heute ist es doch so: Bei einzelbetrieblicher Investitionsförde-

rung wird immer beraten: Du musst größer werden, du musst neu bauen. Da wird viel Geld eingestellt, aber in Wirklichkeit werden die Betriebe vor Ort nicht individuell geprüft, welche Chancen sie haben, wie es gelingen kann, die ganzjährigen Anbindeställe wirklich umzubauen. Die Forderung nach immer größeren Ställen ist der komplette Irrweg. Wichtiger wäre es, die Weidehaltung zu unterstützen. Erstens wäre das für die Gesundheit der Kühe wichtig, und zweitens wäre es gut für den Klimaschutz.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich möchte behaupten, es ist für jedes Tier gesünder, nicht nur für die Kühe, sondern auch für die Schweine, Hühner und Schafe, draußen an der frischen Luft und im Licht sein zu können. Deshalb möchten wir mit unserem Antrag erreichen, dass ein Teil des Geldes für die bessere Förderung der Weidehaltung verwendet wird. Denn die Weidehaltung muss bei der Förderung für das Tierwohl durchaus eine Rolle spielen. Die Gesellschaft schätzt Betriebe, die ihre Tiere auf die Weide lassen. Im Übrigen wissen unsere Kinder und Jugendlichen in Zukunft weder, wie eine Kuh aussieht, noch wie ein Huhn aussieht oder ein Schwein, da es diese Tiere auf der Weide nicht mehr gibt.

Nebenbei ist nachhaltig beweidetes Grasland von Bedeutung. 16 % aller Nutztiere in Bayern sind auf der Weide; das ist sehr wenig. Das ist eine so geringe Quote, dass man nicht davon sprechen kann, wir hätten eine Weidehaltung.

Außerdem ist nachhaltig beweidetes Grasland ein sehr guter CO₂-Speicher; es kann viel Wasser aufnehmen. In Zeiten des spürbaren Klimawandels ist Weideland für die Landwirtschaft sehr wichtig. Kühe sind übrigens perfekte Grasverwerter und helfen – anders als vielfach behauptet –, das Klima zu schützen. Tierwohl und Klimaschutz ergänzen sich bei der Weidehaltung perfekt. Deshalb fordern wir eine bayerische Weideinitiative.

Der vorgelegte Haushalt ist wie viele frühere Haushalte angelegt. Das reicht heute aber nicht mehr. Die Probleme werden immer drängender und fordern uns heraus. Es ist Zeit zu gestalten und Zeit, Veränderungen anzustoßen und diese umzusetzen. Gel-

der, die das Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten ausgibt, müssen sich daran messen lassen, wie nachhaltig gewirtschaftet wird. Das gilt für jeden Euro und für jede Förderung. Der bayerische Weg in der Landwirtschaft heißt übersetzt: Es geht um eine Ökologisierung der gesamten Landwirtschaft. Dafür haben wir in Bayern die besten Voraussetzungen. Wir haben die Gesellschaft, die dafür bereit ist, und wir haben Bäuerinnen und Bauern, die das können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Sengl. – Für die FREIEN WÄHLER hat Kollege Bernhard Pohl das Wort.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, Frau Staatsministerin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau Kollegin Sengl, Sie haben von der Wertschätzung für die Landwirtschaft gesprochen. Bis dahin sind wir einer Meinung. Auch ich bin der Auffassung, dass unsere Landwirtschaft wesentlich mehr an Wertschätzung verdient als das, was sie in den letzten Monaten bekommen hat.

Ich darf es aus der Sicht der Landwirtschaft einmal plakativ so darstellen: Am Montag sagt man den Landwirten achselzuckend: Volksbegehren Artenschutz. Am Dienstag sagt man, am Milchpreis können wir nichts ändern. Am Mittwoch lassen wir sie mit dem Wolf allein. Am Donnerstag kommt die Düngeverordnung. Am Freitag geht es um die Gewässerrandstreifen und die CO₂-Belastung, und am Samstag ist die Anbindehaltung Thema. Am Sonntag fassen wir uns dann alle bei den Händen und sagen, wie wichtig die bäuerliche Landwirtschaft ist.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, so kann es nicht weitergehen.

(Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: Sehr richtig!)

Wenn Sie, Frau Kollegin Sengl, nun sagen, wir brauchen eine Ökologisierung der Landwirtschaft, dann antworte ich: Nein, das ist der falsche Weg. Wir dürfen nicht konventionelle und ökologische Landwirtschaft gegeneinander ausspielen. Beide haben ihre Berechtigung. Es gibt nicht die guten ökologischen und die schlechten konventionellen Landwirte.

Die Kollegin Fuchs hat heute beim Einzelplan 07 von Bürokratie gesprochen. Genau das ist der Punkt, den man diskutieren muss. Wir überfrachten die Landwirtschaft mit immer mehr Bürokratie. Und das, was Sie mit Ökologisierung meinen, bedeutet wiederum eine Vielzahl an neuen Vorschriften und neuen Auflagen. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass auch die Landwirtschaft ein Wirtschaftszweig ist. Da sind Unternehmer, die ihre Felder bewirtschaften und die damit ihren Lebensunterhalt verdienen. Sie ist somit ein wichtiger Bestandteil und eine wichtige Säule der Wirtschaft.

Dass die Landwirtschaft daneben ein ganz wichtiger Pfeiler unseres guten Zusammenlebens in der Natur ist, kann und muss man respektieren, und das muss man auch honorieren. Landwirtschaft ist ein starker Wirtschaftszweig in Bayern. Landwirtschaft bedeutet Tourismus in Bayern, bedeutet Landschafts- und Naturschutz in Bayern sowie schließlich die heimische Nahrungsmittelproduktion.

Diesen letzten Punkt möchte ich besonders hervorheben. Wollen wir allen Ernstes zum Beispiel aus den Vereinigten Staaten Nahrungsmittel importieren? Sie kennen die Geschichten von den großen Truthähnen, die innerhalb weniger Wochen doppelt so groß sind, weil sie Hormonpillen bekommen. Wollen wir das wirklich? Wollen wir mutwillig unsere heimische Landwirtschaft kaputt machen, um dann Dinge zu importieren, die wir wesentlich besser herstellen könnten? – Ich will das nicht. Die konventionell wie die ökologisch wirtschaftenden Landwirte können das alles wesentlich besser und gesünder produzieren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich bringe Ihnen noch ein paar Beispiele in Bezug auf die Bürokratie. Auch Walzen und Düngen sind Bestandteile des Volksbegehrens gewesen. Wollen wir vorschreiben, wann die Landwirte ihre Felder walzen und düngen dürfen und wann nicht? Ich erinnere mich: Es ist schon ein paar Jahre her, aber als ich bei der Bundeswehr war, gab es eine Vorschrift, die ab dem 1. April den Sommer befahl. Da musste man – egal, welche Witterungsverhältnisse es gab, ob es geschneit hat oder heiß war – die Sommeruniform anziehen und ab 1. Oktober dann wieder die Winteruniform. Das ist idiotische Bürokratie. Wir sollten also alle miteinander die Bürokratie abbauen und nicht so etwas aufbauen. Leider wird zurzeit in der Landwirtschaft aber immer mehr Bürokratie produziert.

Ich bin sehr dankbar, Frau Staatsministerin, dass Sie ein offenes Ohr für unsere Initiative zur Düngeverordnung 2025 haben. Mit der bodennahen Düngung kommt einiges auf die Landwirtschaft zu. Das kann im Grunde so nicht bleiben. Neulich gab es da ein sehr gutes Gespräch, das mir Hoffnung gemacht hat. Ich hoffe, dass wir in dieser Angelegenheit Fortschritte erzielen und tragfähige Lösungen für die Landwirtschaft herbeiführen können – und das trotz gewisser Belastungen durch Europavorschriften und trotz der Vorstellungen einer Bundesregierung, die uns hier nicht unterstützt. Auch hoffe ich, dass die Kolleginnen und Kollegen der Oppositionsfraktionen für die landwirtschaftlichen Unternehmer einen klaren Blick haben und Unterstützung bieten.

Ein Wort zum Tourismus unter dem Aspekt "Landschafts- und Naturschutz". Stellen Sie sich einmal vor, wir hätten die Landwirtschaft in der Form, wie wir sie heute haben, in Zukunft nicht mehr. Wir hätten einige wenige Großbetriebe – ich sage mal: Kolchosen wie früher in der DDR oder in der Sowjetunion, wo auf riesigen Feldern gewirtschaftet wurde. Ist das besser? Ist das wirklich besser? Ist das das, was Sie sich vorstellen, oder sollten wir nicht dem einzelnen landwirtschaftlichen Unternehmer eine Chance geben, seinen Hof auch von der nächsten Generation der Hofnachfolger betreiben zu lassen?

Glauben Sie denn wirklich, dass heute ein junger Mensch eine Zukunftschance in der Landwirtschaft sieht, wenn er jetzt auch noch hört: Umsetzung des Volksbegehrens und Ökologisierung der Landwirtschaft und dieses und jenes?

(Zuruf von den FREIEN WÄHLERN)

Wie soll denn ein Unternehmer eine Zukunft haben, wenn Sie ihm die Zukunft mit immer mehr Vorschriften verstellen?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Ich denke, der Haushalt des Landwirtschaftsministeriums ist gut ausgewogen. Er ist wohlgedacht. Ich glaube, dass er Chancen bietet.

Ich möchte noch auf einen Punkt eingehen, der uns FREIEN WÄHLERN besonders am Herzen liegt: gleichwertige Verhältnisse in Bayern. Dazu gehört auch das Dorferneuerungsprogramm. Es ist ganz wichtig, dass wir hier im ländlichen Raum Akzente setzen, damit nicht immer mehr Menschen in die Metropolen ziehen, sondern in den Dörfern, in den ländlichen Regionen bleiben. Dazu dienen diese Programme, dabei helfen diese Programme. Es ist sehr wichtig, dass wir in den ländlichen Raum investieren; denn jede Investition in den ländlichen Raum, jeder Mensch, der nicht nach München oder nach Nürnberg in die Ballungsräume zieht, entspannt den Wohnungsmarkt und entspannt im Bereich des Verkehrs den Wahnsinn auf den Straßen und auf den Schienen. Das muss doch unser gemeinsames Ziel sein! Es kann doch nicht sein, dass Sie wollen, dass das Land entvölkert wird und alles in die Städte zieht. Deswegen ist auch hier das, was im Haushalt verankert ist, gut durchdacht und positiv.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Ganz zum Schluss betone ich nochmals: Landwirte sind Unternehmer. Unternehmer haben eine Verantwortung für ihren Betrieb und für ihre Mitarbeiter. Da hilft es ihnen wenig, wenn Sie sagen, wenn die Verbraucher dieses und jenes essen würden, wenn die Verbraucher diese oder jene Preise zahlen würden. – Verdammt noch mal, wir

können und wollen dem Verbraucher nicht vorschreiben, was er zu essen hat und was er dafür zahlen soll.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Thomas Gehring (GRÜNE):

Möglichst billig! – Zuruf der Abgeordneten Gisela Sengl (GRÜNE))

– Natürlich wollen wir nicht "möglichst billig", aber verdammt noch mal, wenn der Einzelne bei seinem Budget, für das jeder Einzelne Verantwortung trägt, sagt, ich muss so und so viel für Miete ausgeben und so und so viel für Kleidung ausgeben, ich habe nur so und so viel für Essen zur Verfügung, dann gibt es ökonomische Zwänge, die dazu führen, dass man billige Produkte einkauft. Es hat nicht jeder ein Gehalt, wo er sagen kann, ich gehe jeden Tag in den Biomarkt und kann mir das leisten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Hans Urban (GRÜNE): Da bräuchten wir günstigere Mieten!)

– Wenn Sie mir zugehört hätten! Zum Thema günstige Mieten hatte ich gerade gesagt: Wenn wir den ländlichen Raum stärken, entlasten wir die Mietmärkte in den großen Städten. – Ich sage es Ihnen ganz deutlich: Natürlich haben wir eine Verantwortung und wollen bayerische Produkte vermarkten, damit bayerische Produkte hochpreisig sind. Aber wir dürfen die Unternehmer nicht mit immer mehr Auflagen und mit immer mehr Schikanen überfrachten, weil auch das den Preis ausmacht. Das schlägt sich im Preis nieder. Deswegen: Lassen wir den Landwirten etwas mehr Freiheit! Respektieren wir auch bei aller Regelungswut, was sie für uns, für die Landschaft, für die Natur, für den Tourismus, für die heimische Wirtschaft und für die heimische Nahrungsmittelproduktion leisten. Frau Staatsministerin, der Haushaltsansatz ist gelungen. Wir werden ihm zustimmen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Bitte bleiben Sie noch am Mikrofon, Herr Kollege Pohl. – Es gibt eine Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Toni Schuberl von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Toni Schuberl (GRÜNE): Herr Kollege Pohl, Sie haben zumindest teilweise treffend dargelegt, dass die bisherige Landwirtschaftspolitik für kleine Betriebe sehr problematisch ist und dass es viele Vorschriften, Auflagen und Bürokratie gibt, die es vor allem kleinen Betrieben und Familienbetrieben schwermachen, weiter bestehen zu können. Deswegen gab es Zigtausende Betriebe in Bayern, die schließen mussten. Könnten Sie mir vielleicht kurz erklären, welche Partei, die auch hier im Landtag sitzt, in den letzten 13 Jahren Verantwortung auf Europaebene, auf Bundesebene und auf Landesebene für die Landwirtschaftspolitik getragen hat?

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD)

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Lieber Kollege, auf den unterschiedlichen Ebenen haben erstens unterschiedliche Parteien Verantwortung getragen. Die FREIEN WÄHLER tragen sie in Bayern erst seit sechs Monaten.

Zweitens. Sie wissen – das ist durchaus auch als Kompliment gemeint –, dass man Politik nicht nur auf der Regierungsbank beeinflussen kann, sondern zum Beispiel auch durch Ihr Volksbegehren zum Artenschutz, dessen Inhalte und Zielsetzungen ich nicht teile. Ich erkenne aber dennoch an: Das war eine große Leistung von denjenigen, die das initiiert haben. Aber wenn es darum geht, wer für Auflagen und Bürokratie zuständig ist, Herr Kollege, dann fällt mir in allererster Linie die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ein.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Johann Häusler (FREIE WÄHLER): Jawohl!)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Pohl. – Der nächste Abgeordnete, der zu Wort kommt, ist Herr Kollege Stadler von der AfD.

(Beifall bei der AfD)

Ich bitte Sie, Herr Stadler.

Ralf Stadler (AfD): Habe die Ehre, sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Morgen soll im Bundestag die Erste Lesung der Isofluran-Verordnung erfolgen. Isofluran ist ein in der EU erstmalig zugelassenes Inhalationsnarkotikum zur wirksamen Schmerzausschaltung bei der Ferkelkastration. Es ist zwar schön, dass sich das Bundesministerium um das Schmerzempfinden der Ferkel sorgt. Aber warum sorgt sich die Regierung nicht genauso um das Schmerzempfinden der Tiere beim betäubungslosen Schächten?

(Beifall bei der AfD)

Warum sorgt sich die Regierung nicht genauso um das Schmerzempfinden unserer Kinder, die von illegal eingewanderten Kriminellen ohne Betäubungsmittel massakriert werden?

(Zurufe von den GRÜNEN und der SPD)

Ich möchte an dieser Stelle an den 17-jährigen Jugendlichen erinnern, der am Karfreitag von kriminellen Migranten betäubungslos erstochen wurde.

(Ruth Müller (SPD): Unglaublich! – Weitere Zurufe von den GRÜNEN und der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Kollege Stadler, sprechen Sie bitte zur Sache!

Ralf Stadler (AfD): Kommen wir zur Umsetzung des Verbots der betäubungslosen Ferkelkastration, das bereits 2013 vom Bund beschlossen wurde.

(Anhaltende Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Die Frist zur Umsetzung ist im November 2018 noch mal um zwei Jahre bis Ende 2020 verlängert worden,

(Gisela Sengl (GRÜNE): Zum Haushalt! – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Die können es einfach nicht! Themaverfehlung!)

weil man bis jetzt nicht in der Lage war, eine halbwegs praktikable Lösung zu finden, genauso wie man seit 2015 keine Lösung findet, kriminelle Ausländer konsequent abzuschieben.

(Beifall bei der AfD – Gisela Sengl (GRÜNE): Was hat das mit dem Haushalt zu tun? – Anhaltende Unruhe)

Warum sich das Bundesministerium der Frau Klöckner ausgerechnet für die Narkose mit Isofluran entschieden hat, ist nicht nachvollziehbar.

(Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

– Da kommen wir schon noch drauf. Vielleicht ist sie aber selber von der Pharmalobby betäubt worden. Schließlich geht es um ein Schweinegeld, nämlich bis zu 50 Millionen Euro allein für die Narkosegeräte. Die meisten Schweinehalter, vor allem kleinere und mittlere Betriebe – das ist die überwiegende Mehrheit in Bayern –, lehnen die Methode aus guten Gründen ab. Sie verursacht enorme Kosten für Anschaffung, Unterhalt und Schulung. Die Handhabung für den Landwirt ist problematisch, möglicherweise sogar gesundheitsschädlich für die Anwender und deren Ferkel. Für die GRÜNEN noch: Das schädigt auch die Ozonschicht.

Warum wird die Methode, die den geringsten Aufwand verursacht und bereits erprobt wird, nicht weiterverfolgt, nämlich die chirurgische Kastration unter lokaler Narkose? Es kann sich einem fast der Verdacht aufdrängen, dass aufgrund der veränderten Essensgewohnheiten das Schweinefleisch verbannt werden soll. Diese Woche ist Veggie Week in der Landtagskantine. Heute war da drin mal wieder fast nichts los. Oder

hat das etwas mit der zunehmenden Islamisierung der Speisekarten zu tun, wie es in den zahlreichen staatlichen Kantinen bereits praktiziert wird?

(Anhaltende Unruhe – Beifall bei der AfD – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Das ist ein Wahnsinn!)

Man übt daher weiterhin Druck auf die Erzeuger von Schweinefleisch aus, um dadurch die Produktion zu erschweren. Erst wird der Diesel unmöglich gemacht, jetzt der Schweinebraten.

(Anhaltende Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Meines Erachtens sollte die Kastration mit lokaler Anästhesie vorangetrieben werden und nicht der Weg des Bundesministeriums kritiklos mitgegangen werden. Dafür sind die zusätzlichen Haushaltsmittel erforderlich, damit wir unsere Landwirte im Wettbewerb mit den Konkurrenten im Ausland bestens aufstellen. So fördern wir die regionale Erzeugung und die Qualität unserer heimischen Produkte. Schützen Sie unsere Bauern vor unnötigen Auflagen

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Vor der AfD!)

und praxisfernen Ideen von Schreibtischtätern.

Ich darf Sie daher bitten, die zusätzlichen Finanzmittel bereitzustellen.

(Beifall bei der AfD – Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Das Wort hat Frau Kollegin Ruth Müller von der sozialdemokratischen Fraktion. – Danke, Herr Stadler.

Ruth Müller (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, ich muss Sie schon bewundern, wie Sie sich für so eine Rede noch bedanken können. Für mich war das wirklich eine bodenlose Schweinerei.

(Beifall bei der SPD, der CSU, den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ich habe mich nicht für die Rede bedankt, sondern für den Wortbeitrag und dafür, dass er den Platz verlassen hat, Frau Kollegin Müller.

Ruth Müller (SPD): Das ist das Einzige, was mir in Sachen Landwirtschaftspolitik zu dieser Rede einfällt, die mit Landwirtschaftspolitik und mit Haushaltspolitik so wenig zu tun hatte wie ein Laib Brot in der Bank. Das war unfassbar!

(Beifall bei der SPD, der CSU, den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN)

Aber Herr Stadler, damit haben Sie sich wirklich qualifiziert für die niveauloseste Rede in diesen Haushaltsberatungen.

(Beifall bei der SPD, der CSU, den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN)

Ich möchte jetzt einfach zum Landwirtschaftshaushalt und zur Landwirtschaftspolitik in Bayern reden. Um das geht es heute, um nichts anderes, auch wenn Ihnen das nicht passt. Der Landwirtschaftshaushalt umfasst 2,5 % des Gesamthaushaltes des Freistaats Bayern in den nächsten beiden Jahren. 3,1 Milliarden Euro stehen zur Verfügung, und die beiden Regierungsfractionen haben aus ihrer sogenannten Fraktionsreserve – die wir nicht haben – 4 Millionen Euro im Landwirtschaftshaushalt eingeplant. Das entspricht allerdings nur einem Anteil von 6,8 % der gesamten Fraktionsreserve.

Wenn es die FREIEN WÄHLER ernst gemeint hätten mit ihrer Ansage, nach der Landtagswahl auch einmal guten Anträgen und Ideen der Opposition zuzustimmen, dann wäre es zu einer ganz anderen Schwerpunktsetzung bei den Ausgaben der Fraktionsreserve gekommen, wenn die Anliegen schon im Landwirtschaftshaushalt an sich nicht berücksichtigt worden sind. Schade, dass die FREIEN WÄHLER so schnell vergessen haben, wie es ihnen in den letzten zehn Jahren in der Opposition ergangen ist. Wir haben uns nämlich durchaus Gedanken gemacht. Wir waren mit den Menschen vor Ort im Gespräch, um zu erfahren, was sie sich von einer modernen Landwirtschaftspolitik in Bayern wünschen und was sie brauchen, um das umzusetzen, was

Sie im Artenschutzgesetz versprechen. Selbstverständlich ärgert es uns, wenn Sie unsere Anträge ablehnen, und zwar oft mit fadenscheinigen oder unsachlichen Begründungen. Wenn Sie unsere Anträge dann aber durch die Hintertüre doch übernehmen, dann wundern wir uns, dass Sie nie die Größe haben zu sagen, dass die Opposition damals eigentlich richtiglag.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Ein Beispiel gefällig? – Gerne. Unseren Antrag auf der Drucksache 18/742 mit dem Ziel, Öko-Modellregionen bedarfsgerecht auszustatten, lehnten Sie am 4. April 2019 noch geschlossen ab, um am 19. April 2019 pressewirksam zu verkünden, dass Sie die Öko-Modellregionen ausweiten wollen, um dem Anliegen des Volksbegehrens Artenschutz gerecht zu werden. 14 Tage vorher wussten Sie noch nicht, dass das Ihr großes Ziel ist. Konsequenter wäre es gewesen, ganz Bayern zu einer Ökoregion zu machen, um bundesweit ein Zeichen zu setzen und dem Anspruch gerecht zu werden, den Sie sonst auch immer haben, nämlich "Bayern XXXXL".

Das Volksbegehren Artenschutz ist im Übrigen auch ein gelungenes Beispiel für Ihre – nennen wir es einmal – Anpassungsfähigkeit in der Politik. Noch am 31. Januar 2019 sagte die Ministerin unter Buh-Rufen und ungläubigem Kopfschütteln beim Bayerischen Imkertag in Starnberg: "Eine Unterschrift allein rettet noch lange keine Biene." Nun ist die Erkenntnis gereift, dass jede Unterschrift für die Biene wohl eine Unterschrift gegen die bisherige Politik der CSU war. Deshalb musste dieses Gesetz möglichst geräuschlos abgeräumt werden. Dies geschah sehr zum Missfallen des Bayerischen Bauernverbandes, wie man dem letzten "Bayerischen Landwirtschaftlichen Wochenblatt" entnehmen konnte, in dem getitelt wurde: "Bauern schwer enttäuscht". Neben dem betrübt blickenden Bauernverbandspräsidenten Walter Heidl sieht man auf dem Bild lachende Gesichter der CSU-Abgeordneten, die wohl keine Ahnung hatten, dass nur einen Tag nach der Ersten Lesung des Gesetzentwurfs und den Huldigungen an die öko-vegan angehauchte CSU-Neuerfindung schon wieder Veränderun-

gen angemahnt werden, um die Ziele des Volksbegehrens anzupassen oder zu untergraben.

Gut, dass es noch den Hubert Aiwanger als Wirtschaftsminister gibt, der noch sagen darf, was er denkt und was eigentlich auch Ihre heimliche Meinung ist.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN)

– Nun, warten Sie von den FREIEN WÄHLERN doch erst einmal ab, ob Sie auch noch klatschen, wenn Sie gehört haben, was er gesagt hat. Er hat nämlich gesagt, dass das Volksbegehren zum Artenschutz Mist sei, und zwar großer Mist, so wie es im "Bayerischen Landwirtschaftlichen Wochenblatt" getitelt wurde.

(Alexander König (CSU): Er versteht halt Mist als etwas Positives!)

Das war übrigens passenderweise ein Sonntag, um dem Aufzählungskalender von Herrn Kollegen Pohl Rechnung zu tragen. Er hat gesagt, am Sonntag redet man dann der Landwirtschaft wieder nach dem Mund. – Genau das hat Ihr Minister und stellvertretender Ministerpräsident Hubert Aiwanger gemacht, indem er gesagt hat: Das Volksbegehren ist großer Mist.

(Beifall bei der SPD)

Das zeigt doch nur, wie geredet wird, wenn man meint, man wäre unter sich. Was ist es denn nun, der große grüne Wurf oder ein großer Mist? Oder ist es doch ein "Weiter-so" in der bayerischen Landwirtschaftspolitik? – Von wegen "Versöhnen statt spalten". Das fällt eher unter den Begriff "Verhöhnen und weiter spalten".

(Alexander König (CSU): Das hat mit dem Haushalt jetzt auch nicht unmittelbar zu tun!)

Dazu passt auch das Hü und Hott bei den Tiertransporten. Während unser Antrag für bessere Bedingungen und rechtliche Vorgaben bei den Tiertransporten abgelehnt wird mit der Begründung, das sei Bundes-, wenn nicht gar Europaangelegenheit, wird die

Negativliste der Länder, in denen keine Transporte mehr stattfinden sollen, gerichtlich vom Tisch gewischt. Landräte, verantwortungsvolle Veterinäre und Tierschützer reiben sich verwundert die Augen angesichts dieses Schwarzer-Peter-Spiels.

Auch unseren Antrag auf Drucksache 18/743, in dem wir eine Ausweitung des Ökolandbaus gefordert haben, haben Sie abgelehnt. Hier wollten wir mehr Mittel unter anderem für den Gewässer- und Grundwasserschutz und für den mehrjährigen Energiepflanzenanbau im Rahmen des KULAP. Das wäre für den Klimaschutz in Bayern, aber auch für die Milchvieh haltenden Betriebe ein Signal gewesen, dass Sie es ernst meinen mit einer nachhaltig ausgerichteten Landwirtschaft.

Ihre Landwirtschaftspolitik steht auch mit diesem Haushaltsentwurf für eine Förderung der großen Betriebe, beschleunigt den Strukturwandel und setzt die falschen Signale hinsichtlich Klimaschutz, Nachhaltigkeit und einer Verbesserung des Tierwohls. Ihre Landwirtschaftspolitik besteht aus der schnellen Schlagzeile und dem besten Bild. Vermutlich hat der medienaffine Ministerpräsident einen internen Wettbewerb unter den Ministerinnen und Ministern ausgeschrieben, wer die ausgefallenste Idee hat, um sich über die Legislaturperiode hinaus für die nächste Saison zu qualifizieren. Wenn es diesen Wettbewerb tatsächlich gibt, hat die Landwirtschaftsministerin Michaela Kamber bestimmt gute Karten, denn mit ihrer Aktion "Bayern sucht die beste Tafel" hat sie auf alle Fälle den Tiefpunkt des Buhlens um die mediale Aufmerksamkeit erreicht.

(Zurufe von der CSU: Oh, oh!)

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, bei den Tafeln sollten Sie sich darauf einstellen, dass die Tafeln diesen Wettbewerb nicht mitmachen werden. Die Tafeln kämpfen nämlich jede Woche dafür, die Lebensmittel, die sie bekommen, gerecht zu verteilen. Dafür sollte ihnen gedankt werden, das wäre Wertschätzung.

Mit der Verteilung der Gelder im neuen Doppelhaushalt hätten Sie Zeichen setzen können, für mehr Personal in den Ämtern, für integrierte ländliche Entwicklung, wenn

Sie es mit der Stärkung des ländlichen Raumes ernst gemeint hätten. Sie aber säen lieber aus grünen Schüsselchen ein paar Blütensamen entlang der Autobahnen und hoffen, dass das Interesse der Menschen an Klima- und Artenschutz wieder einschläft, als hätte das Sandmännchen persönlich Schlafsand gestreut. Ich kann Ihnen versichern: Wir werden uns von Ihnen im Landwirtschaftshaushalt keinen Sand in die Augen streuen lassen. Wir werden dafür kämpfen, dass die bayerischen Bäuerinnen und Bauern weiterhin ein gutes Auskommen haben. Deshalb werden wir den Haushalt ablehnen.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Müller. Bitte bleiben Sie noch am Mikrofon, denn es gibt eine Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Häusler von den FREIEN WÄHLERN.

Johann Häusler (FREIE WÄHLER): Liebe Frau Kollegin Müller, es geht um den Haushalt des Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten. Aus Ihrem Vortrag habe ich zu wesentlichen Themen dieses Haushalts keine Einlassungen gehört. Zum Forst beispielsweise sagten Sie überhaupt nichts. Zum Thema Landwirtschaft habe ich nur gehört, was alles schlecht ist, was alles falsch gemacht wird. Alternativen habe ich aber nicht gehört. Vielleicht hätte man heraushören können, dass ausschließlich Bio eine Alternative sein soll. Wie wir schon aus Zwischenrufen wissen, scheint die Versorgung mit Biolebensmitteln die einzige Möglichkeit zu sein, und man könnte interpretieren, konventionelle Lebensmittel haben weder Qualität, noch sind sie der Gesundheit förderlich. Ist es tatsächlich so, dass das die einzige Wahrheit ist, die Sie uns anbieten? Differenzieren Sie so stark zwischen ökologisch produzierten Lebensmitteln und konventionell produzierten Lebensmitteln aus Familienbetrieben? – Wenn man genau hinhört, könnte man den Eindruck gewinnen, dass diese Betriebe negativ durch das Raster fallen bzw. diskreditiert werden.

Ruth Müller (SPD): Herr Kollege Häusler, zu dem Thema Wald- und Forstwirtschaft wird meine Kollegin Martina Fehlner sprechen; wir haben ja noch genügend Redezeit.

(Alexander König (CSU): Eine Minute und 35 Sekunden – das wird knapp!)

Zu der von Ihnen angesprochenen Unterscheidung zwischen Ökolandwirtschaft und konventioneller Landwirtschaft: Ich lasse mir von Ihnen keine Spaltung der Landwirte in gute und in schlechte Landwirte unterschieben. Das möchte ich einmal sehr deutlich sagen.

(Beifall bei der SPD)

Unsere Landwirte, ob konventionell oder ökologisch wirtschaftend, brauchen Wertschätzung. Das ist schon mehrmals angesprochen worden.

(Alexander König (CSU): Dann sind wir uns ja einig!)

Betreiben Sie hier nicht die Spaltung der Landwirte in "ökologisch gleich gut" und "konventionell gleich schlecht". Wir haben sehr viele Landwirte, die hervorragende Arbeit für die Gesellschaft, für unser Land leisten.

(Alexander König (CSU): Das stimmt!)

Es gibt in allen Bereichen gut wirtschaftende Betriebe und solche Betriebe, die das nicht können. Sollen wir diese Unterscheidung anhand des Kriteriums "ökologische oder konventionelle Landwirtschaft" vornehmen? – Nein, danke. Auf dieses Glatteis werden Sie uns nicht führen.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Müller. – Nächster Redner ist Herr Kollege Christoph Skutella von der FDP-Fraktion.

Christoph Skutella (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Frau Staatsministerin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Auf EU-Ebene ist die Gemeinsame Agrarpolitik

seit über 50 Jahren der wichtigste Politikbereich, in dem ein großer Teil des EU-Haushalts für den ländlichen Raum und die Landwirtschaft verwendet wird. Deshalb ist – abgesehen von der Blackbox "Maßnahmenpaket Artenschutz", die aus Landesmitteln finanziert wird – für unsere Landwirte derzeit vor allem wichtig, wie es auf europäischer Ebene weitergeht. Die nächste Förderperiode – 2021 bis 2027 – steht vor der Tür; einige Änderungen kündigen sich an. Landwirtschaft und Umweltschutz werden immer mehr Hand in Hand gehen müssen. Wissenschaftler des Instituts für Europäische Umweltpolitik erklärten in einer im Februar veröffentlichten Studie:

Der Landwirtschaft kommt eine Schlüsselrolle zu bei der Umsetzung von Umweltmaßnahmen für eine erfolgreiche Klimaschutzpolitik in Europa bis 2030.

Weiterhin heißt es in der Studie, dass die GAP-Reform Landwirten die Chance eröffnet, Umweltmanager zu werden. Es gibt dazu sicherlich auch andere Ansichten. Nicht alle Landwirte wollen Umweltmanager sein, sondern stattdessen Lebensmittel oder vielleicht auch Energie produzieren.

Ob Umweltmanager, Profi, Milcherzeuger oder Diversifizierungskünstler – wir sind da liberal. Jeder landwirtschaftliche Betrieb soll so Unternehmer sein können, wie er es möchte.

(Beifall bei der FDP)

Unternehmerisch tätig zu sein, heißt für uns nicht unbedingt Spezialisierung, Rationalisierung und Größenwachstum als Garantie für die Zukunftsfähigkeit eines landwirtschaftlichen Betriebes. Unternehmerisch tätige Landwirtinnen und Landwirte zeichnen sich aus durch Vielseitigkeit, Kreativität, Anpassungsfähigkeit, Flexibilität und Innovationsfreude. Das passt zum Leitbild der bayerischen Agrarpolitik: eine flächengebundene, ressourcenschonende, nachhaltige Land- und Forstwirtschaft durch bäuerliche Familienbetriebe.

Hier erfüllt vor allem die Nebenerwerbslandwirtschaft unverzichtbare volkswirtschaftliche Funktionen. Durch die extensive Bewirtschaftung, insbesondere ökologisch besonders wertvoller Flächen, leistet sie einen zentralen Beitrag zum Klimaschutz, zum Boden- und Wasserschutz, zum Erhalt und zur Förderung der Biodiversität und Artenvielfalt sowie zur Erhaltung, Pflege und Gestaltung einer regionaltypischen Kulturlandschaft und eines traditionellen Landschaftsbildes.

Nebenerwerbslandwirtinnen und -landwirte haben auch eine wichtige soziale Funktion. Sie sind oft fest in dörfliche Gemeinschaften eingebunden, engagieren sich ehrenamtlich und sind in Vereinen und Feuerwehren aktiv.

Die Nebenerwerbslandwirtschaft leistet einen wichtigen Beitrag zur Erhaltung der Kulturlandschaft, sichert Arbeitsplätze und Wirtschaftskraft, vor allem im ländlichen Raum, und steht für Eigentum in mittelständischer Hand. Wer Eigentum hat, fühlt sich verantwortlich; denn Eigentum verbindet Freiheit mit Verantwortung, Entscheidung mit Haftung und Rendite mit Risiko.

Da vor allem diese Betriebe von den Agrarumweltmaßnahmen profitieren, begrüßen wir es sehr, dass das Bayerische Kulturlandschaftsprogramm um weitere 10 Millionen Euro aufgestockt wird. Das Kulturlandschaftsprogramm für freiwillige Agrarumweltleistungen ist eine Erfolgsgeschichte. In seiner heutigen Konzeption enthält das KULAP Extensivierungsmaßnahmen, die entweder den gesamten Betrieb einbeziehen oder auf einen Betriebszweig bzw. auf Einzelflächen ausgerichtet sind. Diese Bewirtschaftungsmaßnahmen tragen zum Erhalt der biologischen und landwirtschaftlichen Vielfalt, zum Erhalt und zur Verbesserung der natürlichen Bodenfunktionen sowie zur weiteren Verringerung von stofflichen Belastungen des Bodens, der Luft und des Wassers bei. Damit werden unsere natürlichen Lebensgrundlagen und die Umwelt geschützt. Die Artenvielfalt wird erhalten.

Für uns Liberale ist wichtig, dass weiterhin der Grundsatz "Freiwilligkeit vor Ordnungsrecht, Eigenverantwortung vor staatlicher Regulierung" gilt. Unsere landwirtschaftli-

chen Betriebe brauchen vor allem eines – das ist uns wichtig; ich habe das hier schon an mehreren Stellen betont –: Verlässlichkeit und Planungssicherheit.

In dem von der schwarz-orangen Koalition in der vergangenen Woche angekündigten Maßnahmenkatalog zu dem Gesetespaket "Artenvielfalt & Naturschönheit in Bayern" werden sehr umfangreiche Maßnahmen angekündigt, die im Doppelhaushalt 2019/2020 noch nicht veranschlagt sind. Für alle angekündigten Maßnahmen – es sind sehr viele – stehen Beträge von 50 bis 75 Millionen Euro im Raum. Und viele Fragen: Wie geht es mit dem KULAP weiter? Wie sieht die in dem Maßnahmenkatalog angekündigte erweiterte KULAP-Förderung für grüne Bänder, Blühstreifen und das bayernweite Netzwerk zur Biodiversität aus? Gibt es zusätzliche Maßnahmen im KULAP? Wenn ja, welche? Wie sind diese finanziell ausgestattet? Werden die schon bestehenden Maßnahmen aufgestockt? Wir – und vor allem die landwirtschaftlichen Betriebe – hoffen, dass wir bald Antworten auf all diese Fragen erhalten.

(Beifall bei der FDP)

Neben allen Anstrengungen in Sachen Artenvielfalt dürfen wir Folgendes nicht vergessen: Erstens. Wir wollen weiterhin hochwertige Lebensmittel in Bayern konsumieren. Zweitens. Auch die konventionellen Betriebe leisten einen wertvollen Beitrag zu dem Projekt, Bayern zur Musterregion für Agrarökologie zu entwickeln. Gerade im grünen Landgürtel im Voralpenraum, aber auch bei mir in der Oberpfalz gibt es viele konventionelle Betriebe, die auf einem Teil der Flächen intensiv wirtschaften und hohe Grünlanderträge haben, die aber gleichzeitig zum Beispiel ökologisch sehr wertvolle Almflächen pflegen. Wir sollten diese Betriebe nicht zu lange im Unklaren lassen, sondern stattdessen den Maßnahmenkatalog zügig ausarbeiten, um den Landwirten konkrete Zusagen machen zu können.

Für unsere tierhaltenden Betriebe ist es aber auch wichtig, dass sie investieren – in umweltschonende Technik und in tierwohlgerichte Haltungsformen. Wir begrüßen es daher, dass das einzelbetriebliche Investitionsprogramm um 15 Millionen Euro jährlich

ausgeweitet wird. Dass diese Gelder verstärkt zur Verbesserung des Tierwohls eingesetzt werden, ist der richtige Weg. Wenn Investitionsförderung, dann für mehr Tierwohl in bayerischen Ställen! Haltungsformen wie die Anbindehaltung werden dauerhaft keine Zukunft haben.

Wir Freien Demokraten wollen Rahmenbedingungen für ein wirksames betriebliches Risikomanagement schaffen und stehen staatlichen Soforthilfemaßnahmen skeptisch gegenüber. Staatliche Soforthilfen bei witterungsbedingten Ertragsschwankungen sind nämlich langfristig der wirtschaftlich wesentlich schlechtere Weg; sie sind auch ungerecht. Der Klimawandel bringt für unsere landwirtschaftlichen Betriebe aber große Herausforderungen mit sich: Die Sommer werden tendenziell heißer und trockener, die Winter feuchter und wärmer. Witterungsextreme wie lange Trockenperioden können zu unvorhersehbaren Ertragseinbrüchen führen. Infolge von Wetterextremen sind in der deutschen Pflanzenproduktion in den letzten 15 Jahren Ertragsausfälle in Höhe von circa 470 Millionen Euro jährlich entstanden. Mehr als die Hälfte aller Schäden wurde durch Trockenheit und Dürre verursacht, rund ein Fünftel durch Hagel, ein Sechstel durch Sturm, Starkregen und Überschwemmung.

Wir müssen die Landwirte zum eigenverantwortlichen Aufbau eines betrieblichen Risikomanagements motivieren. Wir Freien Demokraten halten nichts davon, jedes Jahr staatliche Soforthilfen bereitzustellen. Das hilft den Betrieben mittel- und langfristig nicht bei der Anpassung an den Klimawandel. Wenn Bayern eine Musterregion für Agrarökologie werden und nachhaltig die Versöhnung von Umweltschutz und Landwirtschaft voranbringen will, wie es die Staatsregierung in der vergangenen Woche angekündigt hat, dann haben wir in den nächsten Wochen noch einiges zu tun. Wir sind auch und insbesondere auf den Nachtragshaushalt 2020 gespannt, damit wir die anstehenden Änderungen im Bayerischen Naturschutzgesetz, die sehr große Auswirkungen auf unsere landwirtschaftlichen Betriebe haben werden, richtig beurteilen können.

(Beifall bei der FDP)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Skutella. – Das Wort hat der Kollege Martin Schöffel von der CSU-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Martin Schöffel (CSU): Herr Präsident, liebe Frau Staatsministerin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Herausforderungen für die bayerische Landwirtschaft, aber auch für unsere Waldbesitzer waren noch nie so groß wie heute – das ist schon mehrfach festgestellt worden –: Wir beobachten eine deutliche Zunahme extremer Witterungsverhältnisse, erhöhte gesellschaftliche Erwartungen, steigende Erwartungen hinsichtlich der Transparenz der Lebensmittelerzeugung, und dies alles bei zunehmend volatilen Märkten.

Jetzt stellt sich die Frage: Wie reagiert die Politik darauf? – Gerade von Ihrer Seite kommen viele Kollegen am liebsten mit Verboten und mit neuen Vorschriften. Ich wundere mich darüber, dass der Kollege Schuberl, den ich jetzt trotz seiner Haarpracht nicht mehr sehe, versucht, Schwarzer Peter zu spielen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich kann nur sagen: Wenn wir in der letzten Legislaturperiode zusammen mit den FREIEN WÄHLERN nicht Anträge der GRÜNEN abgelehnt hätten, hätten wir mehr Vorschriften, mehr Verbote, mehr Probleme und damit einen größeren Strukturwandel. Das sollten Sie Ihrem Kollegen bei Gelegenheit bitte auch einmal ausrichten.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Dabei widersprechen sich Ihre Vorschläge auch noch. Was ist denn die Wirkung dieser Vorschläge? Das sehen wir zum Beispiel bei der Unterschutzstellung von Streuobstwiesen. Wir bekommen weniger Biotop und große Probleme in der Landwirtschaft. Das ist Ihr Politikansatz. Unserer ist ein anderer. Wir versuchen, aus Veränderungen Chancen für die Bauernhöfe zu machen. Wir wollen aus gesellschaftlichen Wünschen neue Aufgabenfelder und neue Geschäftsfelder schaffen. Wir wollen aus Betroffenen Verbündete machen. Dies umzusetzen, ist schwieriger, aber es bringt langfristig auch Ertrag.

Wir müssen uns auf Klimaveränderungen vorbereiten. Wir müssen mit unseren Förderprogrammen gesellschaftliche Erwartungen aufnehmen und Investitionen zu echten Zukunftsinvestitionen machen. Dabei sind wir aufgerufen, immer wieder neu für bestmögliche Rahmenbedingungen für unsere bäuerlichen Familienbetriebe zu sorgen. Mit unserem bayerischen Weg sind wir auf dem richtigen Weg, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir wollen auch in Zukunft eine Landbewirtschaftung in allen Landesteilen, eine Lebensmittelerzeugung in allen Landesteilen, und zwar ressourcenschonend, nachhaltig und unter Berücksichtigung der neuen Erkenntnisse.

Unsere Bauern müssen aber auch im Wettbewerb bestehen können. Das sind extrem hohe Anforderungen an unsere bäuerlichen Familienbetriebe. Der normale Produktpreis wird auf dem Weltmarkt gemacht, die Anforderungen an unsere Landwirtschaft sind aber so hoch wie kaum in anderen Regionen der Welt. Denken wir immer daran, dass die Bauernhöfe auch Ertrag erwirtschaften müssen, um den Betrieb erhalten, für das Alter vorsorgen und die Ausbildung der Kinder finanzieren zu können. Das sind doch die Themen, die die landwirtschaftlichen Betriebe umtreiben.

Was ist das Besondere am bayerischen Weg? – Wir wollen jedem Betrieb unabhängig von seiner Größe eine Zukunftsperspektive erhalten. Wir lassen es niemals zu, dass viele den Mut verlieren. Wir waren bisher erfolgreich, lieber Kollege. Trotz der Tatsache, dass wir im Bundesvergleich die kleinsten Betriebe haben, weist der Agrarbericht in Bayern für die letzten Jahre einen Strukturwandel auf äußerst niedrigem Niveau auf. Wir können auf dem Weltmarkt nicht immer konkurrieren. Deswegen gilt für die bayerischen Bauern: Klasse statt Masse. Wir produzieren Qualität, wir produzieren Heimat. Die Marke Bayern, die Herkunft aus Bayern und die Leistungen der Landwirtschaft für Landschaft und Ökologie müssen den Menschen auch etwas wert sein. Diese Leistungen müssen sich für die Bauern auch auszahlen.

Wo packen wir an? – Es ist schon umfangreich dargestellt worden. Insbesondere geht es um unser Kulturlandschaftsprogramm. Uns ist es ein wichtiges Anliegen, in der Agrarpolitik gesellschaftliche Erwartungen und die gute fachliche Praxis zusammenzuhal-

ten. Das ist auch unser Antrieb bei der Umsetzung des Volksbegehrens. Gesellschaftliche Akzeptanz schafft letzten Endes Planungssicherheit. Mit unserem KULAP honorieren wir die ökologischen Leistungen unserer Landwirtschaft auf der Basis von Freiwilligkeit und Kooperation. Wir gleichen damit den erhöhten Aufwand und die Ertragseinbußen aus ökologischen Gründen aus.

Diesen Weg werden wir weitergehen. Sie werden kein anderes Bundesland finden, das ein solches Programm eher aufgelegt hat, das bessere Leistungen und eine bessere Finanzausstattung hat. In den anderen Ländern gibt es weniger kooperativen Naturschutz und mehr Vorschriften, aber eine schlechtere Ökobilanz. Schleswig-Holstein ist dabei zum Beispiel Vorreiter. Es gibt dort weniger Ökolandbau, mehr Gewässerprobleme und mehr Einsatz von Pflanzenschutzmitteln als in Bayern.

Auch beim Ökolandbau sind wir besser als viele andere. 10.000 Betriebe wirtschaften nach den Kriterien des ökologischen Landbaus auf rund 11 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche. Dazu ein Vergleich: In Niedersachsen sind es 5,8 %, in Schleswig-Holstein 5,6 % und in Nordrhein-Westfalen 5,7 %. In diesen Ländern haben Sie über viele Jahre Verantwortung getragen. Wir gehen unseren Weg mit dem Programm "BioRegion Bayern 2020" mit Forschung, Innovation, Ausbildung und Förderung entsprechend weiter und werden auch den Ökolandbau weiter voranbringen. Dabei muss uns aber immer klar sein, dass der Verbraucher darüber entscheidet, in welcher Geschwindigkeit dies geschieht. Am Ende muss nämlich das nachgefragt und gekauft werden, was produziert wird. Sonst wäre es zum Schaden derer, die jetzt schon nach den Kriterien des Ökolandbaus produzieren.

Uns geht es um die heimischen Produkte. Nicht die Massenerzeugung, sondern die Erzeugung von Premiumprodukten für den inländischen, aber auch den ausländischen Markt ist unser Ziel. Auch die Selbstversorgungsrate müssen wir immer im Auge behalten. Wir wollen Lebensmittel nicht importieren, sondern wir wollen sie in unseren Betrieben selbst herstellen. Bayerische Qualitätsprodukte sind gefragt. Wir wollen die

Chancen aller Märkte, der regionalen und überregionalen Märkte, nutzen. Besonders hoch im Kurs bei unseren Verbrauchern stehen Produkte mit regionaler Herkunft.

Liebe Frau Kollegin Sengl, Sie haben die biologischen Produkte in der Gemeinschaftsverpflegung angesprochen. Wir wollen auch biologische und regionale Produkte in unseren Kantinen. Sie haben mit Ihrem Antrag nicht die regionale Herkunft berücksichtigt. Sie haben laufende Verträge nicht berücksichtigt, wollen aber in einem Jahr erreichen, dass 20 % der Produkte in der Gemeinschaftsverpflegung aus biologischer Produktion kommen. Sie haben die Rechtslage bei Ausschreibungen nicht berücksichtigt. Wir werden das mit unserem Antrag "Biologisch und Regional" umsetzen. Ihr Antrag ist dazu untauglich. Das muss ich an dieser Stelle einmal deutlich sagen.

(Beifall bei der CSU)

Ich freue mich, dass Sie jetzt die Wertschätzung für die Landwirtschaft so in den Mittelpunkt stellen. In der letzten Legislaturperiode haben Sie in diesem Haus ganz andere Töne angeschlagen. Ich freue mich, dass Sie es jetzt so machen. In der letzten Legislaturperiode haben Sie gesagt: Die Leute bekommen in Bayern nichts Gescheites zu essen. Sie haben gesagt, man solle lieber die Bio-Äpfel aus Südamerika als die Äpfel vom Bodensee kaufen. Das hat die Bauern verletzt, und deshalb ist es schäbig, wenn Sie jetzt von mehr Wertschätzung sprechen.

(Beifall bei der CSU)

Auf die Leistungen im Waldumbau kann ich aus Zeitgründen nicht mehr eingehen. Der Kollege Bachhuber hat aber schon dargestellt, wie wichtig es uns in der jetzigen Situation ist, auch die Anliegen der Waldbesitzer im Blick zu haben und unsere Waldumbauoffensive entsprechend stark voranzutreiben.

Was sind die Ansätze für die Zukunft, liebe Kolleginnen und Kollegen?

Erster Vizepräsident Karl Freller: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Martin Schöffel (CSU): Danach.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Danach. – Danke.

Martin Schöffel (CSU): Wir wollen mit diesem Haushalt auch klare Zeichen und Wegweiser für die Weiterentwicklung unserer Betriebe setzen. Wir stehen zur modernen Landwirtschaft. Wir stehen zu unseren bayerischen Bauern, auch wenn sich die Rahmenbedingungen verändern. Diesen geänderten Rahmenbedingungen werden wir mit unserem einzelbetrieblichen Investitionsförderprogramm auch Rechnung tragen. Als Stichwort nenne ich Tierwohlställe. Wir haben in den letzten Jahren schon 5.000 tiergerechte Ställe gefördert. Wir werden dieses Programm mit 30 Millionen mehr und damit mit 65 Millionen pro Jahr kraftvoll weiterführen. Auch mit der Förderung der Digitalisierung in der Landwirtschaft und der Präzisionslandwirtschaft geben wir ein Bekenntnis zur modernen Landwirtschaft ab. Das dient letztlich dem Schutz von Ressourcen, dem gezielten Einsatz von Düngemitteln und der Reduzierung von Pflanzenschutzmitteln.

Ein starkes Zeichen für die Bauern hast du, liebe Michaela Kaniber, unsere Landwirtschaftsministerin, mit der Einrichtung einer Junglandwirte-Kommission gegeben. Gerade die jungen Bauern sollen sich mit einbringen und über die Zukunft mitreden. Das ist ein starkes Zeichen an die junge Generation und ein starkes Zeichen für die Landwirtschaft insgesamt.

Ich wundere mich darüber, Frau Kollegin Müller, dass Sie den Aufruf, Ideen aus den Tafeln in Bayern einzusenden und das mit besonderem Geld zu würdigen, so schlechtreden. Mit dieser Aktion der Ministerin werden die Tafeln in den Mittelpunkt gestellt. Ihre Arbeit wird gewürdigt, aber das, was Sie hier an diesem Rednerpult verbreiten, führt zu Demotivierung und Misstrauen, und das weise ich zurück.

(Beifall bei der CSU – Ruth Müller (SPD): Das ist doch völlig falsch!)

Überhaupt haben Sie meines Erachtens mit Ihrer Spitzenkandidatin für das Europaparlament, mit Maria Noichl, jeden Anspruch verloren, über Agrarpolitik mitzusprechen. Frau Noichl hat neulich erklärt, sie setze sich dafür ein, dass im Agrarausschuss des Europaparlaments keine Bauern mehr vertreten seien, weil diese befangen seien, und dies sollte auch im Landtag und im Bundestag so sein.

(Zurufe von der CSU und den FREIEN WÄHLERN: Oh, oh, oh!)

Sie sind gegen die Bauern. Sie sind gegen eine praxisorientierte und breit akzeptierte Agrarpolitik, und dagegen wende ich mich.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich denke, wir befinden uns mit unserem Doppelhaushalt auf einem guten Weg, die erfolgreiche Agrar- und Forstpolitik weiterzuentwickeln. In der Summe werden 3 Milliarden Euro für zwei Jahre bereitgestellt. Das ist keine Selbstverständlichkeit. Das geht nur, weil Bayern ein starkes Land ist und die Politik die vielfältigen Leistungen der Land- und Forstwirtschaft sowie der Fischerei anerkennt. Ich danke unseren Bäuerinnen und Bauern sehr herzlich für ihre unermüdliche Arbeit jeden Tag zum Wohle unseres ländlichen Raums, zum Wohle unseres Landes und für die Produktion heimischer Nahrungsmittel und Qualitätsprodukte für einen vitalen ländlichen Raum. Ich danke allen, die bei diesem Haushalt tatkräftig mitgewirkt haben. Allen voran danke ich unserer Ministerin, Michaela Kaniber, und ihrem ganzen Haus – herzlichen Dank. Ich fordere Sie alle auf: Lassen Sie uns zusammenstehen. Lassen Sie uns für die bayerische Landwirtschaft weiterhin kämpfen. Ich bitte um Zustimmung zu diesem Haushalt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Herr Kollege, es liegen zwei Meldungen für Zwischenbemerkungen vor. Ich darf die erste Zwischenbemerkung aufrufen. Sie kommt von Herrn Kollegen Paul Knoblach. Bitte schön, Herrn Knoblach.

Paul Knoblach (GRÜNE): Herr Kollege Schöffel, ich habe Ihnen sehr aufmerksam zugehört. Wir begegnen uns gelegentlich im Ausschuss. Sie wissen das. Ich stelle Ihnen eine Frage. Im Anschluss an die Frage werde ich begründen, warum ich diese Frage stelle. Ich frage Sie: Können wir GRÜNE und alle anderen hier in diesem Parlament sicher sein, dass Sie und die FREIEN WÄHLER dem angestrebten Gesetz, wie es uns im Moment vorliegt, im Anschluss an das Volksbegehren Artenschutz zustimmen werden?

Ich begründe, warum ich diese Frage an Sie stelle. Ich habe keinen Hinweis darauf erhalten, dass Ihr Weg dorthin führt. Noch viel weniger hörte ich das bei Herrn Pohl. Bisher gab es von keinem Vertreter der FREIEN WÄHLER und der CSU einen Hinweis darauf, dass das tatsächlich zu einem Gesetzeswerk werden soll. Ich will es Ihnen sagen. Wenn es bis zum Jahr 2030 30 % ökologischen Landbau in Bayern geben soll, müssen Sie die Tierzahlen an die Fläche binden. Sie müssen die Landwirtschaftsämter ausstatten. Davon höre ich nichts. Sie müssen die Verpflegung außer Haus stärken. Das Land Bayern selbst ist mit seinen Kantinen ein großer Kunde dieser Produkte.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Achten Sie bitte auf Ihre Redezeit.

Paul Knoblach (GRÜNE): All das scheint völlig zu fehlen. Im Gegenteil, Sie treten unser und auch Ihr Werk im Moment in die Tonne. Werden Sie zustimmen oder nicht?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Die Frage ist gestellt. Das Wort hat Herr Abgeordneter Schöffel. Bitte schön.

Martin Schöffel (CSU): Lieber Herr Kollege Knoblach, die Frage, die Sie stellen, ist bereits in der letzten Woche beantwortet worden. Wir haben deutlich gemacht, dass wir das Volksbegehren annehmen und ein Begleitgesetz sowie einen umfassenden Antrag, in dem viele Fragen zum Ausbau des ökologischen Landbaus enthalten sind,

einbringen werden. Unsere Initiativen für Forschung, Lehre, Ausbildung, die Vermarktung und die Gemeinschaftsverpflegung sind dort ebenfalls enthalten. Das müssen Sie lesen. Dann werden Sie wieder etwas schlauer sein. Es gibt keinen Zweifel daran, dass wir diesen Weg, wie er in der letzten Woche aufs Gleis gesetzt worden ist, auch zusammen weitergehen.

Heute steht der Haushalt an. Jetzt sind die Schwerpunkte des Haushalts zu beraten. Dazu zählt auch die Unterstützung der Landwirtschaft an anderer Stelle und in der ganzen Breite mit der Forstwirtschaft und der Fischerei. Ich denke, das wissen Sie ganz genau.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen herzlichen Dank. – Es gibt eine zweite Meldung für eine Zwischenbemerkung. Sie kommt – von Frau Kollegin Ruth Müller. Bitte schön, Frau Kollegin.

Ruth Müller (SPD): Herr Kollege Schöffel, Sie haben mich direkt aufgefordert, mich noch einmal zu Wort zu melden – vielen Dank dafür. Ich habe eine Frage zu den Tafeln und eine Klarstellung. Es geht doch nicht darum, neue Ideen zu finden. Die Tafeln machen das seit über 20 Jahren. Die Tafeln haben genügend Ideen, wie sie an Lebensmittel herankommen und diese verteilen können. Für den Bayerischen Landtag und die Staatsregierung wäre es eine wichtige und richtige Aufgabe, dafür zu sorgen, dass die Finanzausstattung passt und die Tafeln Unterstützung bei der Logistik erhalten. Die Ehrenamtlichen sollten wertgeschätzt und die Armut in unserem Land bekämpft werden. Ich wollte Sie fragen: Welche Ansätze haben Sie, wenn Sie unsere Anträge zur besseren Ausstattung der Tafeln für die Lebensmittelversorgung ablehnen?

Jetzt komme ich zu Ihrer Einlassung, man könne Maria Noichl nicht wählen. Sie wählen sie ohnehin nicht. Sie müssen das aber hier nicht sagen. Ich weiß, warum ich Maria Noichl wähle. Sie ist eine sehr glaubwürdige und authentische Politikerin.

(Andreas Winhart (AfD): Kein Wahlkampf!)

Sie hat nicht gefordert, dass keine Bauern mehr im Landwirtschaftsausschuss sitzen dürfen.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Zwei Minuten sind um.

Ruth Müller (SPD): Sie hat einen Antrag gestellt, dass Landwirte aus Gründen der Befangenheit nicht mitstimmen dürfen, wenn es um ihre eigenen Zuschüsse geht. Das ist Usus in jedem Gemeinderat.

(Unruhe)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ihre Redezeit ist zu Ende.

Ruth Müller (SPD): Wenn Sie in der Kommunalpolitik zu Hause sind, wissen Sie, dass Sie nicht mitstimmen dürfen, wenn der Nachbar neben Ihnen baut und Sie die Unterschrift verweigert haben. Wenn Ihre Verwandtschaft baut, dürfen Sie auch nicht mitstimmen.

(Beifall bei der SPD – Hans Herold (CSU): Das sind Freunde der Bauern, die SPD!)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Bitte schön.

Martin Schöffel (CSU): Kollegin Müller, zu Ihrem ersten Punkt stelle ich noch einmal fest: Sie haben eine gute Sache, nämlich die Unterstützung und Würdigung der guten Arbeit der Tafeln, in ein negatives Licht gerückt.

(Ruth Müller (SPD): Das haben Sie gemacht, indem Sie die Anträge abgelehnt haben!)

Ich kann Ihnen sagen, welche Wünsche meine Tafeln vor Ort an das Landratsamt, die Stadt und die Landespolitik haben. Es geht aber darum, das bayernweit darzustellen.

Ich danke Ihnen für Ihre Bestätigung und Konkretisierung, dass die Bauern nach Auffassung der SPD in der Agrarpolitik nicht mehr mitsprechen sollen – herzlichen Glückwunsch. Deswegen sind Sie unwählbar.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Alexander König (CSU): So ist es!)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Das Wort hatte der Abgeordnete Martin Schöffel von der CSU. Der nächste Redner ist Herr Kollege Winhart von der AfD. Bitte schön, Herr Kollege.

(Beifall bei der AfD)

Andreas Winhart (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Bei dem Thema Ferkelkastration sind die Emotionen ein bisschen hochgekommen. Ich hoffe, dass es jetzt ruhiger wird, obwohl ich auch ein spannendes Thema, nämlich den Klimawandel, habe. Der Klimawandel wirft die Kernfrage auf, ob dieser mit Warm- und Eiszeiten, wie man sie in Bayern das letzte Mal vor rund 10.000 Jahren gesehen hat, naturgemäß vorhanden ist oder ob der Mensch darauf einen maßgeblichen Einfluss hat. Eigentlich habe ich gehofft, dass die Regierungskoalition und die GRÜNEN uns heute endlich Beweise für die These vom menschengemachten Klimawandel vorlegen. Der Ministerpräsident hat das in seinen Ausführungen breit einfließen lassen. Leider ist nichts gekommen.

(Zuruf der Abgeordneten Katharina Schulze (GRÜNE))

Wenn man schon Steuergelder unserer bayerischen Bürgerinnen und Bürger unter der Position "menschengemachter Klimawandel" in den Haushalt einbringt, sollte man wissenschaftliche Beweise vorlegen, Frau Schulze.

(Beifall bei der AfD – Katharina Schulze (GRÜNE): Es gibt x wissenschaftliche Beweise!)

– Frau Schulze, Sie können sich nachher melden. Sie müssen jetzt nicht gleich davonlaufen.

Wenn Sie Mittel für den Titel 428 84 "Entgelte der Arbeitnehmer für Maßnahmen zur nachhaltigen Erzeugung und zum Klimaschutz im ländlichen Raum" einstellen, sollten Sie auch erklären, auf welcher wissenschaftlichen Basis sich der sogenannte Klimaschutz begründet. Klimaschutz impliziert im Gegensatz zur Anpassung an den Klimawandel die Möglichkeit der Einflussnahme durch den Menschen. Wenn der Mensch Einfluss nehmen kann, können Sie Mittel unter konkreten Maßnahmen laufen lassen. Uns ist der reine Klimaschutz aber zu wenig, noch dazu, wenn Sie für die Möglichkeit der Einflussnahme noch nicht einmal Beweise vorlegen können.

Ich will Ihnen gar nicht unterstellen, dass der Haushaltsentwurf etwas schludrig erarbeitet wurde. Das ist kein Zufall, wenn der Eurokrat Manfred Weber zur Klima-Greta pilgert und Sie Sympathien für Klimafantasien zeigen. Das steht bewusst im Haushalt. Das wollen Sie so. Schauen wir uns das einmal genauer an. Meine Damen und Herren, ordentliche Haushaltsführung braucht auch eine ordentliche Buchung. Klimaschutz ist an dieser Stelle einfach falsch. Buchen Sie den Klimaschutz, wie in unserem Änderungsantrag vorgesehen, auf die Titel 428 85 und 428 86. Dort passen die Mittel nämlich viel besser hin. Dann ist es auch nicht so ideologisch. Die Menschen wissen, was Sie mit ihren Steuergeldern vorhaben. Die beiden genannten Positionen sprechen explizit vom Klimawandel. Dort sind die Gelder richtig aufgehoben.

In den Positionen 428 85 und 428 86 geht es um sinnvolle Projekte, wie beispielsweise den Weinanbau in trockenen Gebieten, den Gewässerschutz oder den Umbau unserer Wälder. Wir brauchen doch keine Projekte – ich zitiere – "für die Bevölkerung und interessierte Fachkreise in Einrichtungen der Landesanstalten zur Demonstration optimierter Energiesysteme". Meine Damen und Herren, das machen schon die Hersteller dieser Anlagen selbst. Was Sie von der Koalition hier machen, ist Marketing für Anlagenhersteller auf Kosten der Steuerzahler, oder auch, wie in der Titelgruppe genannt, Fachberatung durch ein Expertenteam namens "LandSchafftEnergie". Ich frage

Sie: Wen beraten die denn auf Steuerzahlerkosten, meine Damen und Herren von der Koalition? Ich habe leider noch keine Antwort erhalten.

Dass es einen Klimawandel gibt und immer schon gab, ist jedem bekannt, der im Erdkundeunterricht aufgepasst hat. Bezweifelt darf auch werden, dass dieser menschengemacht ist. Die Beweise sind Sie auch heute wieder schuldig geblieben.

Sollte bei diesem Antrag tatsächlich ein Tippfehler unterlaufen sein, bitte ich doch für das nächste Mal um etwas mehr Sorgfalt. Ob das Absicht war mit dem Klimaschutz oder ein Fehler, in beiden Fällen ist das zu berichtigen. Deswegen bitten wir aus Sorgfaltgründen um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Winhart. – Ich darf als nächste Rednerin Frau Kollegin Martina Fehlner von der SPD aufrufen. Ich weise vorsorglich darauf hin, dass die Redezeit nur noch eine Minute und 35 Sekunden beträgt.

Martina Fehlner (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe noch einige Anmerkungen zum Thema Klimawandel. Fakt ist: Der Klimawandel mit all seinen Extremen wie Hitze, Trockenheit, Stürme und Schneebruch stellt unseren Wald vor große Herausforderungen und enorme Belastungen. Durch den heißen Sommer 2018 hat sich der Zustand der Waldbäume in Bayern leider weiter verschlechtert. Deshalb brauchen wir mehr Personal für den Forst, mehr Förster. Sie werden für die Zukunft unseres Waldes und für die 700 Waldbesitzer in Bayern immer wichtiger. Das muss schneller und zügiger vorangehen. 30 neue Försterstellen bedeuten umgelegt auf 71 Landkreise 0,4 Försterstellen pro Landkreis. Meine Damen und Herren, das ist wirklich eindrucksvoll. Wir brauchen mehr Personal mit entfristeten Arbeitsverhältnissen.

Dass der Klimaschutz in der Bayerischen Verfassung verankert werden soll und gleichzeitig zu wenige Försterstellen eingeplant sind, liebe Staatsregierung, ist wenig glaubwürdig.

(Beifall bei der SPD)

Dass im Zuge des Volksbegehrens und des neuen Artenschutzgesetzes zusätzlich 10 % Waldfläche aus der Nutzung genommen werden, was wir als SPD-Landtagsfraktion natürlich begrüßen, gleichzeitig aber an der Gewinnabführung der Bayerischen Staatsforsten von 10 Millionen Euro an das Finanzministerium festgehalten wird, ist unverständlich und muss im Fachhaushalt komplett gestrichen werden.

Lassen Sie mich noch ein paar Worte zum geplanten Eichenzentrum im Spessart sagen.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Die Redezeit ist schon zu Ende.

Martina Fehlner (SPD): Wir fordern ein Gesamtkonzept für den Spessart, das von allen Beteiligten im Konsens getragen wird.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Danke schön, Frau Kollegin. – Ich erteile nun Herrn Kollegen Martin Böhm das Wort.

Martin Böhm (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Bedeutung des Säkularismus für unsere freiheitliche Gesellschaft war lange Zeit unbestritten. Der Weg dorthin war schwierig und dauerte Jahrhunderte. Heute kann in unserem Freistaat jeder glücklich sein, der die in unserer Verfassung verbrieften Rechte der anderen als die Grenzen seines Handelns respektiert. Die Rechte anderer sind aber auch die Rechte von Geschöpfen, denen wir erst eine Stimme verleihen müssen, um deren Rechte zu artikulieren – Geschöpfe, die mit uns leben und von denen wir leben.

Der sich immer schneller ausbreitende religiöse Pluralismus zeigt leider, dass Wertegerüste und etablierte gesellschaftliche Normen vergänglich sind. In normativen Diskussionen ist Religion zum zentralen Thema aufgestiegen, und wir stehen vor der Herausforderung, unsere Freiheit nicht dem Postsäkularismus preiszugeben.

(Hans Herold (CSU): Haushaltsberatung!)

Kants Religionsrhetorik leitete seinerzeit die Zähmung der Religion durch die Vernunft ein. Vernunft bedeutet auch, Tieren keine unnötigen Schmerzen zu bereiten.

(Tobias Reiß (CSU): Wer schreibt euch das eigentlich alles auf?)

– Das schreibe ich selber; Sie werden das anders handhaben.

Die Einschätzung, inwieweit das aktuelle Angebot der Bayerischen Landesanstalt für Landwirtschaft für einen Sachkundelehrgang "Entblutungsschnitt beim Schaf" – hier ist das Formular, verehrte Frau Staatsministerin – unseren ethischen Vorstellungen entspricht oder ob man sich damit behördlicherseits dem eben zitierten neuen religiösen Pluralismus andient, überlasse ich Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der AfD)

Betäubungsloses Schächten ist in Deutschland nur in engsten Grenzen erlaubt, und trotzdem verwehren die betroffenen Religionsgemeinschaften den Geschöpfen allzu häufig die Barmherzigkeit einer Elektroschockbetäubung. Unser Antrag 18/1324 soll Tierzüchter, Veterinäre, Metzger und Behörden dafür sensibilisieren, gemeinsam dem betäubungslosen Schächten entgegenzuwirken.

Den Einzelplan 08 lehnt unsere Fraktion zur Gänze ab.

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Danke schön, Herr Kollege. – Das Wort hat die Frau Abgeordnete Gisela Sengl. Bitte schön.

Gisela Sengl (GRÜNE): Zum Abschluss möchte ich ein paar Dinge richtigstellen. Ich finde es sehr nett, dass ein Künast-Zitat bei der CSU Eingang findet. Sie erinnern sich: Renate Künast, Bundeslandwirtschaftsministerin. "Klasse statt Masse", das war ihr Slogan; es freut mich, dass ihr das annehmt. Das hat mich sehr positiv berührt.

Es geht hier nicht um gesellschaftliche Wünsche, sondern um wissenschaftlich belegte Problemfelder. Der Artenschwund ist belegt. Ich kenne keine wissenschaftliche Studie, die das Gegenteil besagt. Das zwingt uns zum Handeln und nicht irgendwelche, wie ihr es immer ausdrückt, "g'spinnerten" Verbraucher.

Was ich sehr schade finde und was mich von den FREIEN WÄHLERN wirklich enttäuscht, insbesondere vom Kollegen Pohl – ich weiß nicht, ob er noch da ist –: Sie haben quasi null vom Inhalt des Volksbegehrens verstanden. Sie stehen null dahinter, sind aber eure Koalitionspartner. Daraus lässt sich der Schluss ziehen: Wie ernst meint ihr es eigentlich damit? Ich finde das sehr schade. Ich war selber bei einer Arbeitsgruppe beim Runden Tisch. Der Runde Tisch war erfolgreich. Alle Teilnehmer haben das ernst genommen. Wenn jetzt dabei herauskommt, dass die Regierungskoalition das nicht ernst nimmt, dann ist das wirklich sehr traurig. Das werden wir ständig beanstanden; da könnt ihr euch auf etwas gefasst machen.

(Zurufe von der CSU: Oh!)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Die Redezeit bitte beachten!

Gisela Sengl (GRÜNE): Noch eine Sache: Buchführungsauswertungen mal anschauen! Ökologische Landwirtschaft ist auch wirtschaftlich erfolgreich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Danke schön, Frau Kollegin. – Wir haben eine Zwischenbemerkung. Herr Kollege, bitte schön.

Nikolaus Kraus (FREIE WÄHLER): Frau Kollegin, Sie haben gerade gesagt, die FREIEN WÄHLER hätten das Volksbegehren nicht verstanden. Das war ein Satz: "Rettet die Bienen!" Was hat der Inhalt des Gesetzestextes des Volksbegehrens mit der Rettung von Honigbienen zu tun? – Erklären Sie mir das bitte.

Gisela Sengl (GRÜNE): Tut mir leid, aber auch daran sieht man, dass ihr euch wirklich überhaupt nicht mit der ganzen Thematik auseinandergesetzt habt.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Das finde ich echt traurig. Ihr macht euch eigentlich selbst lächerlich. Ich finde es problematisch, mit welcher veralteten Methoden ihr nach wie vor durch die Lande zieht. Irgendwann werdet ihr die Rechnung dafür bekommen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich sehe keine weiteren Meldungen zu Zwischenbemerkungen. Damit hat die Frau Staatsministerin Kaniber das Wort. – Bitte schön, Frau Staatsministerin.

Staatsministerin Michaela Kaniber (Ernährung, Landwirtschaft und Forsten): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal darf ich ein herzliches Dankeschön aussprechen, ausdrücklich der Präsidentin und dem Ältestenrat. Man sieht, die Landwirtschaft hat eine außerordentliche Bedeutung: Heute Morgen hat der stellvertretende Ministerpräsident zum Thema Wirtschaft gesprochen, dann der Ministerpräsident, und jetzt folgt die Landwirtschaft – eine super Steigerung! Vielen Dank dafür.

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU)

Ich danke von ganzem Herzen auch den Vorrednern aus allen Fraktionen, aber insbesondere natürlich dem Berichterstatter der CSU-Fraktion, Martin Bachhuber.

Es handelt sich um einen großen Aufschlag. Darüber hätten wir heute eigentlich diskutieren sollen. Aber ich stelle fest: Die Diskussionen, Ideen und Impulse weisen leider oft nur in eine Richtung; sie sind lediglich eindimensional ausgerichtet. Das gilt leider für fast alle hier, außer für die Redner der Regierungsfraktionen, wie ich feststellen muss. Alle reden über die Tiere, alle reden über die Bienen, aber alle vergessen die Bauern.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Die einen reden gar nicht darüber; die anderen stimmen schon gar nicht zu, sondern sind immer nur für die Streichung von Agrarfördermitteln. Wir aber schauen in Bayern darauf, dass es seine Richtigkeit hat, dass wir alles zusammen unter einen Hut bringen. Dadurch wollen wir mit diesem Haushalt einen ordentlichen Aufschlag machen; denn unsere Aufgabe ist es, die Bäuerinnen und Bauern in die Zukunft zu führen, wie sie es verdient haben.

Die zentralen Themen – das steht wohl außer Frage – werden natürlich sein: Biodiversität, Umweltschutz, Tierwohl, der Klimawandel. Das wissen auch unsere Bauern. Mit Verlaub: Wer das schlechtredet, hat auch noch nicht etwas verstanden.

Liebe Kollegin Gisela Sengl, du weißt, dass ich dich sehr schätze. Aber bitte negiert doch nicht immer, was in Bayern schon alles passiert. Der Vergleich mit dem großen Flaggschiff Kulturlandschaftsprogramm zeigt mir, wie in den Bundesländern, in denen eure Führung und eure Macht im Spiel sind, Agrarumweltmaßnahmen tatsächlich durchgeführt werden.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Zur Wahrheit gehört, dass die Landwirte in Bayern schon über 40 % der Fläche mit Agrarumweltmaßnahmen bedienen. Rund 50 % der landwirtschaftlichen Betriebe – das sind nicht wenige, nämlich über 52.000 – nehmen an diesen Programmen teil. Der Anspruch von uns als Staatsregierung in Bayern war immer schon, noch besser zu

werden. Wir wollen nämlich genau bei Themen wie der Biodiversität attraktiver werden. Etwas anderes kann man uns nach den letzten Wochen, in denen der Runde Tisch tagte, nicht nachsagen. Wir haben sehr deutlich verstanden, liebe Gisela, in welche Richtung wir hier zu gehen haben.

Aber der Unterschied von uns gegenüber euch besteht darin, dass wir nicht par ordre von oben unseren Bäuerinnen und Bauern etwas aufdrücken. Anstelle von maximalem Druck müssen die Freiwilligkeit, die Kooperation auch in Zukunft möglich sein. Deswegen statten wir das Kulturlandschaftsprogramm mit weiteren zehn Millionen Euro aus. Für uns ist sehr wichtig, dass die Anforderung, auch extensive Grünlandnutzung zu betreiben und flächengrüne Inseln zu schaffen, natürlich für die intensiv bewirtschafteten Wiesen, Weiden und Regionen in Bayern gilt. Wir wollen, dass wir es tatsächlich besser machen und dass wir in der Fläche aufzeigen können, was es bedeutet, Kulturlandschaftsprogramme aufzulegen.

Ein weiterer wichtiger Punkt: Das Thema Tierwohl betrifft hier in Bayern sehr viele Betriebe. Wenn wir über Tierwohl diskutieren, kann es aber auch nicht reichen, immer nur den guten Willen zu zeigen. Liebe Gisela Sengl, du hast dich vorhin beschwert, wir würden dafür zu wenig tun. Unsere einzelbetriebliche Förderung, die Agrarinvestitionsförderung, die wir den Betrieben zur Verfügung stellen, kann sich sehen lassen. Mit dem Bayerischen Sonderprogramm Landwirtschaft – BaySL – geben wir den kleineren Betrieben die Möglichkeit, so zu investieren, wie es ihren Anforderungen gerecht wird. Für uns sind Rechtssicherheit und Planungssicherheit nämlich ein großes Motto. Ich würde darum bitten, dass wir in Zukunft versuchen, nicht immer wieder weitere neue Forderungen zu erheben.

Wer uns beschuldigt, wir seien für den Strukturwandel verantwortlich und hätten ihn mitunter beschleunigt, dem kann ich nur eine Absage erteilen. Es verhält sich nämlich nicht so, dass wir in Bayern allein entscheiden, sondern entscheidend sind die Mehrheiten im Bundesrat, die leider oft durch Rot-Grün ganz schön gehandicapt sind.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Widerspruch bei den GRÜNEN und der SPD – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Hört, hört! – Jürgen Mistol (GRÜNE): Ihr sollt doch mal Verantwortung übernehmen!)

Eines kann nicht richtig sein: dass wir in Zukunft dem Größenwachstum nachgeben. Da bin ich bei Ihnen. Die Führerschaft bei den billigsten Lebensmitteln kann auch nicht mehr der richtige Weg sein. Deswegen muss es einen Zweiklang geben. Auf der einen Seite muss es unseren Bäuerinnen und Bauern möglich sein, dass wir ihnen mit Investitionsförderungen den Rücken stärken. Aber noch viel wichtiger ist, dass wir der gesamten Gesellschaft den Spiegel vorhalten: Mehr Tierwohl, mehr Umweltschutz gibt es nun mal nicht zum Nulltarif. Wir erwarten uns auch da eine Bereitschaft, den Geldbeutel zu öffnen und unsere Bauern dahin gehend wertzuschätzen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Deswegen ist es nur folgerichtig, dass wir 30 Millionen Euro mehr in die Hand nehmen und so mit 65 Millionen es möglich machen, dass unsere Bauern in die Zukunft investieren können. Mein ausdrücklicher Wunsch ist, dass die Ställe der Zukunft in Bayern stehen und nicht irgendwo anders.

Des Weiteren müssen wir für Premiumqualität natürlich auch Werbung machen. Das tun wir. Wir haben Lebensmittel auf einem Qualitätsniveau, das fast kein anderes Land aufweisen kann. Die Themen Regionalität, Nachhaltigkeit, Gesundheit und Öko müssen in viele Komponenten eingebracht werden. Wir tun das über die Premiumstrategie. Wir geben dafür zwei Millionen Euro aus.

Des Weiteren haben Sie, liebe Frau Sengl, gesagt, wir sollen den Ökolandbau kräftig ausbauen. Ich wäre da schon ein bisschen vorsichtig. Ich meine, Sie haben nicht die Weisheit für sich alleine gepachtet.

(Hans Herold (CSU): Glaubst sie aber!)

Ich glaube, Sie können sich noch ganz genau daran erinnern, wie ich Ministerin geworden bin, und wissen, wer die weitere finanzielle Ausstattung der Öko-Modellregionen möglich gemacht hat. Das habe ich nicht gemacht, weil das Ideen der GRÜNEN waren oder weil das eine tolle Idee von Ihnen war, sondern weil ich weiß, dass da draußen in unserer gemeinsamen Heimat Menschen auf eine herausragende Art und Weise Ökoprodukte herstellen. Das war mein Anstoß.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Frau Ministerin, es gibt eine Zwischenfrage von Herrn Winhart.

Staatsministerin Michaela Kaniber (Ernährung, Landwirtschaft und Forsten): Machen wir später.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Später, gut.

Staatsministerin Michaela Kaniber (Ernährung, Landwirtschaft und Forsten): Es war mir ganz entscheidend wichtig, dass wir das ausbauen.

Aber woher nehmen, wenn nicht stehlen? – Viele haben sich mit tollen Projekten beworben. Es war mir außerordentlich wichtig, dass wir sagen: Ja, wir tragen das in die Fläche. Denn nur so können wir den Ökolandbau am Markt entlang ausbauen, statt dass wir es per Gesetz anders machen und den Landwirten etwas aufdrücken. Ich möchte, dass unsere Landwirte überlebensfähig sind, und das geht nur mit den Landwirten und auch nur am Markt entlang.

Deswegen haben wir als Bayerische Staatsregierung es uns zum Ziel gesetzt, als positives Vorbild voran zu marschieren. Denken wir an unsere eigenen Kantinen. Sie haben vorhin gesagt, wir sollen doch Vorbild sein. Oh ja, das bayerische Landwirtschaftsministerium ist Vorbild. 25 % der Produkte in unserer Kantine sind aus ökologischem Landbau. Ich wünsche mir natürlich, dass meine Kolleginnen und Kollegen in den anderen Ministerien das Angebot genauso ausbauen. Wir können natürlich nur Mut machen und anspornen. Wir wollen das auch tun: Mit "Geprüfte Qualität – Bay-

ern", mit dem Bio-Siegel, mit BioRegio Bayern 2020. Das ist der ganz entscheidende Unterschied. Sie haben sich vorhin beschwert, dass ein Antrag im Ausschuss abgelehnt wurde. Ich kann nur sagen: Sie haben die Mängel von Herrn Schöffel vorgetragen bekommen.

(Zuruf der Abgeordneten Gisela Sengl (GRÜNE))

Uns geht es nämlich auch um Regionalität. Ich weiß, dass Sie da ein bisschen eingeschränkter denken. Sie vertreten heute und hier 10 % der Landwirte, nämlich nur die Ökobauern, aber nicht die konventionell arbeitenden. Wir haben die gesamten 106.000 Betriebe im Blick und eben nicht nur Einzelsparten.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Tanja Schorer-Dremel (CSU):
Bravo!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ein weiterer ganz wichtiger Punkt ist der Wald. Jeder, der die Dürre letztes Jahr erlebt hat, kann darüber mitreden, wie schlimm das Niederschlagsdefizit war; es zeichnet sich auch im Jahr 2019 wieder ab. Es geht um eine massive Borkenkäfer-Kalamität, die wir insgesamt noch schneller abarbeiten müssen. Wer uns aber vorhält, wir hätten das nicht erkannt, der sollte seinen Blick wieder einmal in die anderen Bundesländer richten. – Liebe Frau Fehlner, es wäre schön, wenn auch Sie mir zuhören würden; denn die nächsten Sätze gelten Ihnen.

Der Bund gibt 25 Millionen Euro für den Waldumbau aus. 25 Millionen Euro für alle Bundesländer! Bayern dagegen gibt bis 2030 im Rahmen einer Waldumbauoffensive 200 Millionen Euro aus und schafft 200 Stellen. Diese Zahl so herunterzurechnen, wie Sie es getan haben, und auf eine Zahl von 0,4 Stellen zu kommen, ist so nicht zu tragen. Das mag ein Rechenbeispiel sein, ist in dieser Form aber wahrlich nicht zu übertragen, weil wir die Mittel den Gebieten und der Region nach einzusetzen wissen. Sie dürfen sich auch darauf verlassen, dass unsere Waldbesitzer nicht alleingelassen werden.

Wir haben mit dieser Waldumbauoffensive ein Programm wie kein anderes Bundesland. Wir werden immer wieder von anderen Verbänden zum Gespräch gebeten, weil man wissen will, wie es in Bayern läuft. Eines darf man auch nicht vergessen: Forstliche Zusammenschlüsse kleinerer Waldbauern unterstützen wir mit zusätzlichen 11 Millionen Euro. Quintessenz: Der Waldpakt wird eins zu eins umgesetzt. Deshalb verbiete ich mir solche Verleumdungen und solche Sätze, wie Sie sie gerade vorgebracht haben.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Alexander König (CSU): Sehr gut!)

Natürlich braucht nicht nur der Forst allein, sondern auch die Landwirtschaft Unterstützung. Wir brauchen klimaresistente Sorten. Wir brauchen klimaresistente Rassen. Wir brauchen aber auch Bewässerungstechnik und wollen dabei ganz vorn in der Reihe stehen. Ich kann nur Herrn Skutella recht geben: Ja, wir brauchen noch viel mehr Instrumente. Wir müssen zum Beispiel unsere Landwirte absichern. Bayern geht hier voraus. Wir haben eine Initiative gestartet, und wie es aussieht, werden uns Sachsen und Baden-Württemberg dabei unterstützen. Mit dieser Initiative wollen wir eine Mehrgefahrenversicherung für unsere Landwirte erreichen. Es kann nicht sein, dass sich ein Staat immer wieder bereit erklären muss, Ad-hoc-Leistungen zu finanzieren.

Ein weiterer wichtiger Punkt, der bereits angesprochen wurde, sind die ländlichen Räume. Diese sind mir ein ganz wesentliches Anliegen. Wir alle beobachten, dass die Metropolregionen aus allen Nähten platzen. Der Schlüssel für die Lösung dieses Problems wird der ländliche Raum sein. Wir müssen sehr viel Geld in die Hand nehmen, um gerade jungen Menschen die Perspektive zu ermöglichen, auf das Land zurückzukehren. In diesem Zusammenhang gibt es zwei Fragen: Wo sollen all diese Menschen leben? Daneben gibt es den Zielkonflikt des Flächenverbrauchs. Darüber macht sich diese Staatsregierung selbstverständlich Gedanken. Mit der Initiative "Innen statt Außen" wollen wir die Innenstädte verdichten und unsere Dörfer revitalisieren. Wir

wollen damit Wohnraum schaffen, damit unsere Jugend und unsere jüngeren Familien in die ländlichen Räume zurückkommen können.

Darüber hinaus gilt es natürlich, die Menschen zu versorgen. Wir haben deshalb eine eigene Initiative unter dem Motto "HeimatUnternehmen" gegründet. Damit soll die Grundversorgung ermöglicht werden, um die ländlichen Räume zu stärken.

Bei den heutigen Reden zum Wirtschaftsetat haben wir immer wieder Ausführungen zum Thema Wachstum gehört. Ja, ich bin dafür, dass wir mit Bedacht wachsen. Wir sollten aber nicht unbedingt immer höher, schneller und weiter wachsen. Es kann auch nicht sein, dass wir den Worten von Herrn Habeck folgen, der im Rahmen eines Artikels angekündigt hat: Wir bauen ein reiches Deutschland um. Das wollen wir nicht. Wir wollen, dass Bayern auch in Zukunft gestärkt wird und reich bleibt. Wir können nicht alle Themen auf die Ökologie herunterbrechen. Nötig ist ein Dreiklang. Ökonomie, Ökologie und Soziales müssen geschützt und gestärkt werden.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Genau das tun wir heute mit diesem Haushalt. Wir versuchen hier, unsere Stärken aufzuzeigen. Wir haben es heute Morgen gehört: Wir haben es sogar geschafft, eine Automobilindustrie schlechtzureden, und sind gerade dabei, die zweite starke Säule der Wirtschaft in Bayern schlecht- und kaputtzureden, nämlich die bayerische Landwirtschaft. Ich möchte es ausdrücklich noch einmal sagen: Die Landwirtschaft hat einen Umsatz von 158 Milliarden Euro. Jeder siebte Arbeitsplatz ist vor- und nachgelagert in der Landwirtschaft. Ich bitte Sie darum, sich zu besinnen. Heute wurde ein Haushalt für unsere Landwirte, für unsere Bäuerinnen und Bauern vorgelegt. In der Zukunft wird es nur dann Planungssicherheit für unsere Landwirte geben, wenn wir Politik mit weniger Ideologie und mit mehr Ernsthaftigkeit betreiben. Wir müssen die wirtschaftliche Lage der Betriebe im Auge behalten und den Menschen etwas zurückgeben, die unsere Heimat so gestaltet haben, wie sie heute aussieht.

Ich möchte mit einem Zitat eines Bundestagskollegen und ehemaligen Bundesverkehrsministers enden. Er hat einmal gesagt: "Die Landwirtschaft ist ein Geschenk des Himmels, der Rest ist harte Arbeit." Ich möchte ergänzen: Das ist die harte Arbeit unserer Bäuerinnen und Bauern sowie unserer Waldbesitzer. Vielen Dank an alle, die bei der Aufstellung dieses Haushalts mitgeholfen haben. Danke an unsere Bäuerinnen und Bauern in ganz Bayern. Ich hoffe, dass jeder diesem Haushalt zustimmen kann.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Alexander König (CSU): Das war Herr Peter Ramsauer!)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Für eine Intervention darf ich Herrn Kollegen Andreas Winhart von der AfD das Wort erteilen. Bitte schön, Herr Kollege.

Andreas Winhart (AfD): Sehr geehrte Frau Staatsministerin, ich hätte eine Frage. Wenn ich richtig informiert bin, waren Sie neulich in Rohrdorf und haben dort fleißig Obstbäume gepflanzt. In der letzten Woche haben wir über die Begleitgesetze zu diesem Bienenvolksbegehren diskutiert. In der Region Rosenheim, in Rohrdorf, wo Sie waren, und in Bad Feilnbach sind viele Gemeinden sehr bäuerlich geprägt und haben Streuobstwiesen in Hülle und Fülle. Diese Streuobstwiesen werden demnächst alle zu Biotopen. Das bedeutet, sie sollen erhalten und nicht bebaut werden. Gleichzeitig musste ich im "Oberbayerischen Volksblatt" lesen, dass die CSU mit einem Steuerprivileg für Landwirte Bauflächen mobilisieren wolle. Das ist ein Widerspruch, wenn Sie mir da folgen können.

Staatsministerin Michaela Kaniber (Ernährung, Landwirtschaft und Forsten): Ich kann Ihnen folgen, keine Sorge. So schlimm ist das Niveau dann doch nicht.

Andreas Winhart (AfD): Einerseits will man Streuobstwiesen, die ortsnah liegen und daher gutes Bauland abgeben, als Biotop versiegeln, andererseits will man den Landwirten Bauland steuerlich vergünstigt abnehmen. Können Sie diesen Widerspruch bitte auflösen? – Danke schön.

Staatsministerin Michaela Kaniber (Ernährung, Landwirtschaft und Forsten): Vielen Dank für diese Frage. Wir haben uns in der Tat in vielen Arbeitsstunden mit den Initiatoren dieses Volksbegehrens auseinandergesetzt. Zunächst einmal möchte ich Ihnen die Sorge nehmen, dass Streuobstwiesen in keiner Form bewirtschaftet werden dürfen. Das können wir abhaken.

(Zuruf von der AfD)

– Moment, lassen Sie mich doch reden. Ganz entspannt. Bei der AfD herrscht immer so eine latente Grundaggressivität. Das ist unglaublich.

(Lebhafter Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN und der SPD – Zuruf von der AfD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Das Wort hat die Frau Staatsministerin.

Staatsministerin Michaela Kaniber (Ernährung, Landwirtschaft und Forsten): Wissen Sie, was man in der Schule mit Leuten gemacht hat, die dauernd dazwischengerufen haben? – Man hat sie irgendwann gar nicht mehr beachtet. Vielleicht ist das auch gut so. Machen Sie so weiter. – Wir werden die landwirtschaftliche Bewirtschaftung dieser Flächen ermöglichen. In dieser Frage waren sich alle Initiatoren Gott sei Dank einig. Ein Landwirt, der privilegiert bauen darf, darf das auch auf diesen Flächen tun. Sofern eine größere Fläche am Ortsrand für den Eigenbetrieb benötigt wird, kann sie bewirtschaftet werden. Sollte ein Landwirt diese Fläche nicht benötigen und sie als Bauland ausweisen lassen wollen, wird es schon schwieriger.

Wir haben alle dieses Volksbegehren ernst genommen. Uns war klar, dass wir rechtlich nicht alles so aushebeln können, wie wir das wollten. Sie wollten den Klimawandel sowieso noch nie wahrhaben und halten den Naturschutz nicht für wichtig. Uns ist er wichtig.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Frau Staatsministerin, zu einer zweiten Zwischenbemerkung erteile ich Frau Kollegin Ruth Müller von der SPD-Fraktion das Wort.

Ruth Müller (SPD): Sehr geehrte Frau Ministerin, Sie haben erklärt, dass die Bayerische Staatsregierung Vorbild sein soll und sein will. Ich hätte dazu vier Fragen:

Die erste Frage: Wann werden endlich die Entfristungen bei den Förstern abgeschafft, um jungen Menschen eine Berufs- und Lebensperspektive zu geben, neue Stellen adäquat zu besetzen und damit Vorbild im öffentlichen Dienst zu sein?

Zweitens. Wann können die Krippenkinder an dem Schulobstprogramm teilnehmen? Bis jetzt sind sie davon ausgeschlossen.

Die dritte Frage: Wann werden endlich die Ehrenamtlichen in der Imkerei besser unterstützt?

Staatsministerin Michaela Kaniber (Ernährung, Landwirtschaft und Forsten): Wie bitte? – Atmen Sie einmal zwischendurch, sonst komme ich nicht mit.

Ruth Müller (SPD): Ich kann Ihnen die Fragen auch geben. – Wann werden die Ehrenamtlichen in der Imkerei endlich besser unterstützt, damit sie ihren vielfältigen Aufgaben besser nachkommen können?

Die vierte Frage: Zählt eigentlich der stellvertretende Ministerpräsident noch zu den Vorbildern, wenn er der Landwirtschaftsministerin und dem Ministerpräsidenten in den Rücken fällt, indem er das Volksbegehren als "großen Mist" bezeichnet?

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Karl Feller: Das waren jetzt vier Fragen in zwei Minuten. Zur Ehrenrettung der Ministerin stelle ich fest, dass sie auch nur zwei Minuten zur Beantwortung hat, was sehr schwierig ist.

(Alexander König (CSU): Frau Müller, Sie könnten auch eine Anfrage an die Staatsregierung richten oder einfach einmal dort anrufen!)

Staatsministerin Michaela Kaniber (Ernährung, Landwirtschaft und Forsten): Zum Thema der befristeten Stellen im Forst kann ich Ihnen eröffnen, dass wir diese Stellen einbringen werden. Bei den Befristungen werden wir in summa kein Problem haben. Wir haben dazu einmal ein Infoblatt herausgegeben. Sie haben vorhin gesagt: Es wäre gut, wenn immer alle alles lesen würden. Das würde ich auch Ihnen empfehlen.

Zum Thema Schulobst kann ich nur sagen: Ja, ich verstehe den Hintergrund. Aber ich möchte auch sagen, dass es momentan eine heiße Debatte über das Thema Schulobst in summa gibt. Europa diskutiert, hier die Gelder zu streichen. Ich glaube, wir können schon versuchen, Eigeninitiative ein Stück weit zu unterstützen. Ich zum Beispiel bin Mutter von drei Kindern. Wir haben uns im Kindergarten immer selber organisiert. Jede Mutter hat jede Woche ein Päckchen Obst mitgebracht – und schon war es eigentlich gewuppt! Der Staat soll und kann nicht immer alles richten.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Das geht einfach nicht.

Zu den Imkern kann ich nur sagen: Wir haben hier eine herausragende Unterstützung. Es kommt nicht von ungefähr, dass die Zahl unserer Imker auf 35.000 gestiegen ist.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Sehr gut!)

Es kommt nicht von ungefähr, dass wir in Bayern 300.000 Bienenvölker stehen haben. Das kommt nicht von den GRÜNEN und auch nicht von der SPD.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Tanja Schorer-Dremel (CSU):
Sehr gut!)

Zur Frage zu Hubert Aiwanger: Ich kann Ihnen nur sagen, dass Hubert Aiwanger das Anfang April auf einer Veranstaltung gesagt hat. Ich bin mir sicher, er würde es so jetzt nicht mehr sagen. Auf der anderen Seite – fragen Sie ihn doch bitte selbst!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank. Bitte bleiben Sie weiterhin am Rednerpult. – Wir haben noch zwei Zwischenbemerkungen. Die nächste trägt der Kollege Christian Zwanziger vor. Bitte schön.

Christian Zwanziger (GRÜNE): Frau Staatsministerin, Sie haben gerade gesagt, Sie hätten versucht, möglichst viel des Volksbegehrens rechtlich auszuhebeln. Dabei hätten Sie sich – sinngemäß – bei manchen Sachen allerdings die Zähne ausgebissen.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Aus dem Zusammenhang!)

Wollen Sie das noch richtigstellen, wie Sie das gemeint haben?

Staatsministerin Michaela Kaniber (Ernährung, Landwirtschaft und Forsten): Das kann ich Ihnen sagen.

Christian Zwanziger (GRÜNE): Ich fände das schon sehr bedenklich. Das lässt tief blicken.

(Beifall bei der GRÜNEN)

Staatsministerin Michaela Kaniber (Ernährung, Landwirtschaft und Forsten): Das ist überhaupt nicht bedenklich, Herr Zwanziger, oder?

(Heiterkeit bei der CSU)

Das ist überhaupt nicht bedenklich. Finden Sie es in Ordnung, dass man Leute so stark in ihrem Eigentumsrecht beschneidet? Finden Sie es in Ordnung, dass man es den Landwirten durch einen Federstrich unmöglich macht, ordentlich zu wirtschaften? Wir haben im Übrigen alles in Absprache mit den Initiatoren so ausgelegt, dass wir gesagt haben, wir brauchen erstens eine ordentliche und praxisnahe Bewirtschaftung für unsere Landwirte. Wir wollen zweitens die Fördergelder erhalten, und wir wollen drittens einen gesamtgesellschaftlichen Ansatz. Deswegen war das nicht in dem Sinne gemeint, nur aushebeln zu wollen. Aber an den Stellen, an denen das einfach richtig,

wichtig und notwendig war, haben wir gesagt, dass wir das Ganze ausbessern werden. Das haben wir im Sinne unserer Landwirte getan.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Gisela Sengl (GRÜNE): Aushebeln oder ausbessern ist ein großer Unterschied!)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen herzlichen Dank. – Es kommt noch eine vierte Zwischenbemerkung vom Kollegen Matthias Fischbach von der FDP. Bitte schön, Herr Kollege.

Matthias Fischbach (FDP): Sehr geehrte Frau Staatsministerin, ich hätte eine Frage zu dem Programm "Innen statt Außen", das Sie angesprochen haben. Das wurde kürzlich im Gemeinderat meiner Kommune vonseiten der Verwaltung angesprochen. Da gibt es einen Förderbonus von on top 20 % zu dem ohnehin schon vorhandenen Fördersatz der Städtebauförderung. Uns wurde das im Endeffekt so verkauft, dass man das mitnehmen kann. Das ist ganz schön. Bei der Städtebauförderung muss man den Grundsatz "Innen vor Außen" ja eh beachten. Insofern frage ich Sie: Wo bringt das gegen den Flächenfraß wirklich einen Mehrwert? Ist das nicht ein Programm, das lediglich Mitnahmeeffekte verursacht?

Staatsministerin Michaela Kaniber (Ernährung, Landwirtschaft und Forsten): Oh nein, das sehe ich eben nicht so. Ich kann Ihnen viele andere Beispiele aus Bayern nennen, bei denen es tatsächlich darum ging, dass wir in den Ortsmitten brachliegende Flächen hatten, die niemand angepackt hat. Wir haben es genau durch dieses Förderprogramm geschafft, Kommunen davon zu überzeugen, eben doch etwas zu tun, weil wir Rückenwind finanzieller Art geboten haben. Wenn das in Ihrem Ort anders ist, können wir das aber gerne einmal gemeinsam beleuchten.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Damit sind die Wortmeldungen zu Ende, und die Aussprache ist geschlossen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir kommen zur Abstimmung. Der Abstimmung zugrunde liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2019/2020, Einzelplan 08, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/741 mit 18/748, 18/1118 mit 18/1128, 18/1154 und 18/1155, 18/1193 und 18/1194, 18/1239 mit 18/1243, 18/1267 sowie 18/1316 mit 18/1324, die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 18/1771 und der zum Plenum eingereichte Änderungsantrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 18/1913. Über diesen Änderungsantrag ist zuerst abzustimmen, danach folgt die beantragte Einzelabstimmung zum weiteren Änderungsantrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 18/1321.

Wer dem Änderungsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Förderung der Umstellung auf die tierschutzgesetz-konforme Ferkelkastration" auf Drucksache 18/1913 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Dies ist die Fraktion der AfD. Ich bitte darum, die Gegenstimmen anzuzeigen. – Dies sind alle weiteren Fraktionen einschließlich des fraktionslosen Abgeordneten Raimund Swoboda. Meine sehr verehrten Damen und Herren, damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Es folgt nun die Abstimmung zum Änderungsantrag, ebenfalls der AfD-Fraktion, betreffend "Nachhaltige Erzeugung und Klimaschutz im ländlichen Raum sowie Anpassung der Wälder, der Landwirtschaft und des Weinbaus an den Klimawandel" auf Drucksache 18/1321. Der Änderungsantrag wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlen. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte um das Handzeichen. – Das ist erneut die gesamte Fraktion der AfD. Ich bitte darum, die Gegenstimmen anzuzeigen. – Dies sind alle weiteren Fraktionen einschließlich der beiden fraktionslosen Kollegen.

(Widerspruch)

– Halt, eine Enthaltung. Wer enthält sich? – Herr Swoboda.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es folgt jetzt die Abstimmung zum Einzelplan 08 selbst. Der Einzelplan 08 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanz-

fragen mit den in der Beschlussempfehlung auf Drucksache 18/1771 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen. Wer dem Einzelplan 08 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Dies sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER und Herr Markus Plenk (fraktionslos). Ich bitte darum, die Gegenstimmen auf die gleiche Weise anzuzeigen. – Dies sind die Fraktionen der GRÜNEN, der SPD und der AfD. Enthaltungen! – Herr Raimund Swoboda (fraktionslos) und die Fraktion der FDP. Meine sehr verehrten Damen und Herren, damit ist der Einzelplan 08 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge, über die nicht einzeln abgestimmt wurde, als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge liegt Ihnen vor.

(Siehe Anlage 6)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor: -

(Unruhe)

– Meine Damen und Herren, ich habe noch eine Abstimmung.

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Dies sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER, der SPD, der GRÜNEN, der FDP und Herr Markus Plenk (fraktionslos). Ich bitte darum, die Gegenstimmen anzuzeigen. – Keine.

Stimmenthaltungen! – Das sind die Fraktion der AfD und Herr Raimund Swoboda (fraktionslos). Damit ist das so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 18/1771 weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/1239 mit 18/1243 und 18/1267 ihre Erledigung gefunden haben.

Das heißt, die Beratung des Einzelplans 08 ist hiermit abgeschlossen.

Mitteilung

zu Tagesordnungspunkt 11

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 08

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Hans Urban u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Unbefristete Försterstellen für den Waldumbau
(Kap. 08 03 Tit. 428 86 und Kap. 08 40 Tit. 422 01)
Drs. 18/1118
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Leistungs- und Qualitätsprüfungen
(Kap. 08 03 Tit. 671 03)
Drs. 18/1119
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Absatzförderung, Agrarmarketing, Ausstellung und Kongresse
(Kap. 08 03 Tit. 683 39)
Drs. 18/1120
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Kürzung der Zuschüsse für laufende Zwecke in der Tierzucht
(Kap. 08 03 Tit. 683 96)
Drs. 18/1121
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Einzelbetriebliche Investitionsförderung
(Kap. 08 03 Tit. 892 67)
Drs. 18/1122
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Klimaprogramm Grasland: Beweidung schützt das Klima
(Kap. 08 03 neuer Tit.)
Drs. 18/1123
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Klimaprogramm Moorschutz
(Kap. 08 03 neuer Tit.)
Drs. 18/1124
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020,
hier: Ökomodellregionen – kleiner Topf mit großer Wirkung
(Kap. 08 03 neuer Tit.)
Drs. 18/1125
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Bio stärken – Beratung und Zertifizierung für Biokantinen fördern
(Kap. 08 03 neuer Tit.)
Drs. 18/1126
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Hans Urban u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Privatwaldförderung nicht vertrocknen lassen – Waldumbau voranbringen
(Kap. 08 05 Tit. 892 97)
Drs. 18/1127

11. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Hans Urban u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 201/2020;
hier: Umsetzung von Stellen für die „Bergwaldoffensive“
(Kap. 08 40 Tit. 428 02 und
Kap. 08 42 Tit. 422 01)
Drs. 18/1128
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Umzugs- und Verlegungskosten von Dienststellen
(Kap. 08 02 Tit. 532 11)
Drs. 18/1193
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Entwicklungshilfe
(Kap. 08 03 TG 51 – 52)
Drs. 18/1194
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Aufwand für Presse, Information und Öffentlichkeitsarbeit
(Kap. 08 03 Tit. 531 25)
Drs. 18/1316
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Qualitäts- und Herkunftssicherungsprogramme
(Kap. 08 03 Tit. 683 38)
Drs. 18/1317
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuschüsse zur Förderung des Pferdesports
(Kap. 08 03 Tit. 686 02)
Drs. 18/1318
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Maßnahmen im Bereich nachhaltige Erzeugung und Anbau nachwachsender Rohstoffe, Klimaschutz im ländlichen Raum
(Kap. 08 03 Tit. 812 54)
Drs. 18/1319
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuschüsse zur Förderung der Dorferneuerung im Rahmen der Integrierten Ländlichen Entwicklung
(Kap. 08 03 Tit. 887 67)
Drs. 18/1320
19. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Nachhaltige Erzeugung und Klimaschutz im ländlichen Raum sowie Anpassung der Wälder, der Landwirtschaft und des Weinbaus an den Klimawandel
(Kap. 08 03 TG 84 – 86)
Drs. 18/1321
20. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuschüsse zur Einzelbetrieblichen Förderung landwirtschaftlicher Unternehmen - Landesmittel
(Kap. 08 03 Tit. 892 67)
Drs. 18/1322

21. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Erwerb von Dienstfahrzeugen
(Kap. 08 40 Tit. 811 01)
Drs. 18/1323
22. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Aufbau einer landesweiten Einheit gegen Verstöße gegen das betäubungslose Schächten
(Kap. 08 40 neuer Tit.)
Drs. 18/1324
23. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Ruth Müller, Florian von Brunn u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Absatzförderung, Agrarmarketingagentur, Ausstellungen und Kongresse; Bayern muss nicht die Welt ernähren – stattdessen endlich das Tierwohl als Vermarktungsvorteil für unsere Bäuerinnen und Bauern begreifen!
(Kap. 08 03 Tit. 683 39)
Drs. 18/741
24. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Ruth Müller, Florian von Brunn u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Ökomodellregionen bedarfsgerecht ausstatten – Förderung in der landwirtschaftlichen Erzeugung
(Kap. 08 03 Tit. 683 55)
Drs. 18/742
25. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Ruth Müller, Florian von Brunn u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Entgelte für landespflegerische und landeskulturelle Leistungen: Artenschutz, Ausbau des Ökolandbaus und Klimaschutz im Bayerischen Kulturlandschaftsprogramm stärken
(Kap. 08 03 Tit. 683 67)
Drs. 18/743
26. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Ruth Müller, Florian von Brunn u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Förderung der Bienenhaltung in Bayern stärken – Maßnahmen zur Förderung der
Qualitätsverbesserung in der tierischen Erzeugung
(Kap. 08 03 TG 96)
Drs. 18/744
27. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Ruth Müller, Florian von Brunn u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Auf die Gewinnablieferung der Bayerischen Staatsforsten im Jahr 2019 verzichten
(Kap. 08 05 Tit. 121 11)
Drs. 18/745
28. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Ruth Müller, Florian von Brunn u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Gesamtkonzept für den Spessart statt Millionen für ein einzelnes Prestigeobjekt – dezentrales Alternativkonzept zur Errichtung verschiedener Forschungs- und Bildungsstandorte zur nachhaltigen Waldbewirtschaftung im Spessart
(Kap. 08 05 Tit. 686 14)
Drs. 18/746
29. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Ruth Müller, Arif Taşdelen u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Neue Planstellen für die Ämter für ländliche Entwicklung
(Kap. 08 30 Tit. 422 01)
Drs. 18/747
30. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Ruth Müller, Arif Taşdelen u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Unverantwortlichen Personalabbau stoppen – Zusätzliches Personal für den Forstbereich
(Kap. 08 40 Tit. 428 02)
Drs. 18/748

31. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuschüsse an die forstwirtschaftlichen Zusammenschlüsse
(Kap. 08 05 Tit. 686 97)
Drs. 18/1154

32. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Hilfsmaßnahmen zur Milderung der Dürreschäden 2018 in der Landwirtschaft
(Kap. 08 03 Tit. 697 02)
Drs. 18/1155